

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

74 (28.3.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Montag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 s. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cöl., Karlsruhe.

Zentrum und Kohlensteuer.

Von Wilhelm Keil, M. d. R.

Die erste Beratung der Kohlensteuervorlage im Hauptausschuß des Reichstags hat sich ziemlich lange hingezogen. Das kam daher, daß das Zentrum wieder einmal in seine bekannte Gewohnheit zurückverfiel, sich zunächst ein wenig spröde zu zeigen, um sich im weiteren Verlauf der Beratung umwerben zu lassen, und schließlich, wenn seine Wünsche erfüllt sind, mit Inbrunst der Regierung an die Brust zu sinken.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade in diesen Tagen in der Presse die bestimmte Ankündigung der demnächstigen Aufhebung des Jesuitengebietes zu lesen war. Diese Ankündigung lag noch nicht vor, als der Abgeordnete Erzberger mit ungewöhnlicher Lebhaftigkeit dem Ausschuss auseinandersetzte, daß es geradezu unheimlich sei, mit der Kohlensteuer das Gleichgewicht im Etat für 1917 herbeizuführen zu wollen. Denn die Steuer bringe dem Reiche ja gar keine Einnahmen. Zu einem erheblichen Teil sei ja das Reich selbst Kohlenverbraucher und müsse mit der linken Hand wieder geben, was es mit der rechten nahm; zu einem anderen Teil werde die Kohle von den Kriegslieferanten verbraucht, die sich durch Preisauflage, die höher sein würden als die Steuer, schadlos halten würden. Schließlich werde das Reich während des Krieges infolge der Kohlensteuer größere Ausgaben als seine Einnahmen haben.

So der Wortführer des Zentrums bei Beginn der Ausschussberatungen. Es waren seitdem noch keine acht Tage verstrichen, als derselbe Abgeordnete Erzberger seinen Antrag, die Kohlensteuer schon am 1. August ds. Js. in Kraft treten zu lassen, damit begründete, das Reich brauche Geld und man solle es ihm so rasch als möglich zuführen.

In der Zwischenzeit hatte sich das Zentrum ein Kleines Manöver gestattet mit dem Antrag, von der Regierung Material über die Preisbildung der Kohle im Kleinverkauf zu verlangen. Von diesem Material wollte das Zentrum seine Entscheidung über die Kohlensteuer abhängig machen. Die Regierung entsprach dem Verlangen. Sie bediente sich dabei eines Fachmannes, der ihr vom Abgeordneten Erzberger empfohlen worden war. Das Material fiel jedoch so dürrig aus, daß Erzberger selbst sich darüber lustig machte. Mit vollem Recht, denn die von der Regierung vorgelegten Zusammenstellungen bewiesen nicht mehr und nicht weniger, als daß der Groß- und der Kleinhandel trotz der ungeheuerlich gestiegenen Kleinverkaufspreise einen lächerlich bescheidenen Gewinn erzielt! Dem Zentrum aber genügt dieses Material, um seine „Ärgeren Bedenken“ gegen die Kohlensteuer zu überwinden. Des Rätsels Lösung ergibt sich daraus, daß in der Zwischenzeit die seitige Zulage gegeben worden ist, das Jesuitengebiet aufzuheben. Das deutsche Volk muß also die Zulassung der Jesuiten ins Gebiet des Deutschen Reiches mit 500 Millionen Mark Kohlensteuer bezahlen.

Nach der Regierungsvorlage sollte die Steuer 20 Prozent des Wertes der Kohle, berechnet nach dem Preis ab Grube, betragen. Gegen die sozialdemokratischen Stimmen hat diese grundlegende Bestimmung Annahme gefunden. Die große Verbitterung, die sich aus dieser Mehrbelastung der ohnehin unter der Last der Kriegsteuerung seufzenden Volkswaffen ergeben wird, suchte man möglichst zu mildern durch Vorschriften zum Schutze des sogenannten Hausbrandes. Selbstverständlich waren auch die Vertreter unserer Fraktion bewußt, die minderbemittelten Kohlenverbraucher gegen die Kohlensteuer zu schützen. Sie wollten den Jechen die gesetzliche Verpflichtung auferlegen, direkt zu Zechenpreisen an Gemeinden und Genossenschaften für Hausbrandzwecke Kohlen zu liefern. Die Gemeinden sollten verpflichtet werden, Vorkehrungen zu treffen, daß den Minderbemittelten die Kohle ohne Steuerzuschlag geliefert werde. Das Reich sollte in diesen Fällen den Gemeinden die Steuer ersehen. Ein Antrag Erzbergers machte sich einige Gedanken dieser Vorschläge zu eigen, indem er vorschrieb, daß für Kohle, die den Gemeinden auf Verlangen für Hausbrandzwecke von den Zechen geliefert werden, die Steuer „nur“ 15 Prozent betragen soll. Von unserer Seite wurde dazu erklärt, daß der Antrag nur dann einen praktischen Zweck habe, wenn den Gemeinden die Pflicht auferlegt wird, die Minderbemittelten mit Hausbrandzwecke zu versorgen. Der Antrag Erzbergers hat zunächst Annahme gefunden unter der Voraussetzung, daß er eine Grundlage zur Ausschaltung der enormen Handelsprofite bilden könne, mit denen heute der Kohlenverbrauch belastet ist. Kaum aber war dieser Beschluß gefaßt, da lag auch schon ein energischer telegraphischer Eindruck des

Kohlenyndikats vor, das erklärt, die Durchführung der direkten Lieferung an die Gemeinden sei praktisch unmöglich. Wenn man weiß, wie sehr die Zechengesellschaften mit dem Kohlenhandel versippt sind, wundert man sich nicht darüber, daß das Syndikat seine schwebende Hand über den Handel hält. Sehr wahrscheinlich ist, daß auch die Gemeinden sich entscheiden wehren werden gegen die Aufgabe, die ihnen zugedacht ist. Nachdem die Reichsleitung bei ihren Steuervorschlägen entschieden Gewicht darauf gelegt hat, jede stärkere Anspannung des Beamtenapparates während des Krieges möglichst zu vermeiden, kann man es verstehen, daß die mit der Kriegsvorbereitung sehr stark in Anspruch genommenen Gemeinden sich nicht eine neue große Aufgabe zuweisen lassen wollen.

Es ist daher noch sehr zweifelhaft, ob überhaupt die Vermeidung des Hausbrandes der Minderbemittelten von der Kohlensteuer erreicht wird. Natürlich würde auch die volle Steuerfreiheit des Hausbrandes an unserer grundsätzlichen Stellung zur Kohlensteuer nichts ändern. Die Kohlensteuer belastet die gesamte Warenproduktion in sehr empfindlicher Weise. Sie wird zur weiteren Steigerung der Preise aller Bedarfsgegenstände stark beitragen. Nach dem Friedensschluß wird sie die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt beeinträchtigen. England, der stärkste Rivale Deutschlands, schafft während des Krieges nicht neue Produktions-, sondern Verflechtungen. Deutschland verfährt umgekehrt. Wenn die Sozialdemokratie diese Politik nicht mitmacht, so dient sie im wahrsten Sinne den Interessen des deutschen Volkes.

Vom Krieg. Deutscher Tagesbericht.

Geringe Kampftätigkeit im Westen. — Bei einem Vorstoß im Osten 300 Russen gefangen. — Neue Kämpfe in Mazedonien.

W.B. Großes Hauptquartier, Antlisch, 27. März 1917. Westlicher Kriegsschauplatz.

Infolge regnerischen Wetters blieb an der ganzen Front die Kampftätigkeit gering.

An den von Bapaume nach Osten führenden Straßen kam es zu Gefechten in der Vorpostenlinie Roreuil-Lagnicourt, ebenso bei Equancourt, nordöstlich von Peronne.

Roifel am Cologne-Boch ist nach mehrmals vergeblichem Vorstoß von Feinde besetzt worden.

In den Waldungen zwischen Dije und Conchy-le-Château trafen stärkere französische Kräfte auf unsere Sicherungen, die dem Gegner Verluste beibrachten und dann vor drohender Umfassung Raum gaben.

Westlicher Kriegsschauplatz. Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Unternehmungen unserer Stoßtrupps bei Jülich brachten in den beiden letzten Tagen 30 Gefangene ein; gleichviel Russen mit einem Maschinengewehr wurden gestern bei Smorgan aus den feindlichen Gräben geholt.

Südöstlich von Baranowitschi gelang ein gut angelegter und kraftvoll durchgeführter Vorstoß. Die auf dem Westufer der Schtschura gelegenen russischen Stellungen zwischen Darowo und Labusch wurden gestürmt, über 300 Russen gefangen, 4 Maschinengewehre und 7 Minenwerfer erbeutet.

Westlich von Luda, nördlich der Bahn Llozow-Tarnopol und bei Brzegang griffen nach heftigen Feuerwechseln russische Bataillone an; sie sind verlustreich abgewiesen worden.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph. Südlich des Tretowal-Tales bereitete unser Abwehrvorbereitende Angriff; gegen den Magyars-Raum in vordringende russische Kräfte wurden zurückgeschlagen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. Keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front. Nordwestlich von Monastir haben die Franzosen erneut angegriffen. Mehrere starke Vorstöße schlugen im Nebenkampf fehl; westlich von Trnova hat der Feind in einem schmalen Grabenstück Fuß gefaßt.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

W.B. Berlin, 27. März, abends. (Antlisch.) Von den Fronten sind bisher keine besonderen Ereignisse gemeldet.

Beschließung Dünkirchen.

Berlin, 27. März. (W.B. Antlisch.) Einer unserer Torpedobootverbände hat in der Nacht vom 25. zum 26. März die Anlagen des Kriegshafens Dünkirchen auf nahe Entfernung mit etwa 206 Schuß beschossen. Feindliche Seestreitkräfte wurden nirgends angetroffen. Unsere Boote sind unbeschädigt wieder eingelaufen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

W.B. Wien, 27. März. Antlisch wird verlautbart: Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Radenien: Keine besonderen Ereignisse.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph: Südlich des Sjobanys-Tales griff der Feind gestern die Magyars-Stellungen mit starker Artillerieunterstützung an. Er wurde teils durch Feuer, teils im Nahkampf abgeschlagen. Südlich des Sultale-Tales erfuhr unser Geschützfeuer einen russischen Angriffsvorstoß.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern: Südöstlich von Brzeganz bei Olejow und westlich von Luda stieß der Feind ohne Erfolg gegen unsere Linien vor; er erlitt starke Verluste. Im Raume von Baranowitschi wurde er durch Ueberfall aus seinen Stellungen westlich der Schtschura geworfen, wobei er neben schwerer blutiger Einbuße über 300 Mann an Gefangenen verlor.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Ghrzischen drangen Abteilungen unseres Inf. Regts. Nr. 100 mit heftiger Artillerieunterstützung südlich Biglia in die feindlichen Stellungen ein, nahmen 9 Offiziere und 306 Mann gefangen, erbeuteten ein Maschinengewehr und einen Minenwerfer und behaupteten sich gegen mehrere Gegenangriffe.

Auf dem Räden-Paß wurden die Italiener aus dem Finanzwachhaus vertrieben. Das Gebäude flog in die Luft, nachdem es von unserer Patrouille durchsucht und verlassen worden war.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Lage in Albanien unverändert. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschallsleutnant.

Türkischer Bericht.

Konstantinopel, 27. März. Der türkische Heeresbericht von gestern meldet u. a.: In Persien ist die Lage unverändert.

Tigrisfront: Auf dem linken Ufer des Tigris verjagte der Feind eine umfassende Bewegung gegen den äußersten Teil unseres linken Flügels. Er wurde jedoch zurückgeworfen und erlitt schwere Verluste durch einen von uns angeführten starken Gegenangriff. Im Verlauf dieser Operation machten wir 26 Gefangene und erbeuteten ein Maschinengewehr. Mittels einer Vorwärtsbewegung unseres rechten in der Folge verjagten Flügels rüdten wir auf den Flanken und im Rücken des Feindes vor, dem wir schwere Verluste beibrachten.

Sonstige Kriegsnachrichten. Versenkt.

Christiania, 27. März. (W.B. Nicht antlisch.) Nach einem Telegramm aus Liverpool ist der Dampfer „Korsnes“ am 24. März vor Vardöy-Insel (Wales) von einem deutschen U-Boot versenkt worden. Der Dampfer war von St. Malo nach Liverpool unterwegs.

Christiania, 27. März. (W.B. Nicht antlisch.) Wie das Ministerium des Meeres mitteilt, ist am 22. März die norwegische Bark „Sirius“ mit einer Ladung Korn von Buenos Aires nach Nyborg unterwegs, von einem deutschen U-Boot in die Luft gesprengt worden. Zwei an Bord befindliche dänische Lehrlinge sind gerettet worden.

Christiania, 27. März. (W.B. Nicht antlisch.) Einem Telegramm an das Ministerium des Meeres zufolge ist der in Christiania beheimatete Dampfer „Crenmar“ am Samstag durch Geschützfeuer versenkt worden. Nach einem Telegramm aus Chrborg ist der Dampfer „Sugin“ von einem deutschen U-Boot versenkt worden.

Die deutsch-türkischen Verträge angenommen.

W.B. Konstantinopel, 27. März. Die Kammer hat einstimmig bei einer Anwesenheit von 175 Abgeordneten die türkisch-deutschen Verträge und Uebereinkommen genehmigt.

Amerikanische Kriegsvorbereitungen.

Washington, 27. März. (W.B. Nicht antlisch.) Neuer. Auf der actern ausserordentlichen Truppen sind noch weitere

20 Regimenter und 5 Bataillone der Nationalgarde zum Bundesdienst einberufen worden, um für den Fall innerer Wirren das Eigentum zu schützen. Diese Truppen sind aus 18 Staaten des Westens und mittleren Westens herangezogen.

Eine Vertrauensfrage für den schwedischen Ministerpräsidenten.

Stockholm, 27. März. Wie die Stockholmer Abendblätter berichten, wurde heute von einer Abordnung dem Staatsminister Gamerskjöld eine Guldigungsadresse überreicht, die von über 600 000 Männern und Frauen aus dem ganzen Lande unterzeichnet ist. Außerdem sind im ganzen Lande Telegramme und Sympathiebekundungen von über 150 000 Personen eingegangen. „Mehanda“ nennt diesen Anschlag an die Politik des schwedischen Ministerpräsidenten eine Meinungsäußerung ohne gleichen in Schweden und wohl auch im Auslande.

Revolutionserregnisse aus Italien.

Berlin, 27. März. Laut „N. Z.“ meldet der „Basler Anzeiger“, daß gestern in Basel und anderen Schweizerischen Städten hartnäckige Gerüchte im Umlauf waren, denen zufolge in Italien die Revolution ausgebrochen sei. Allerdings dürften diese Gerüchte verfrüht sein, doch scheinen sie darauf hinzuweisen zu sein, daß die italienischen unabhängigen Sozialisten der Kwanti-Partei auf den Tag des Kammerabschlusses alle Abgeordneten aufgefordert haben, in Rom zu bleiben und andere Genossen telegraphisch nach Rom berufen. In diesem Telegramm wurde offen angedeutet, daß es sich um große Friedensdemonstrationen handle und daß man in der Kammer noch einmal auf die Regierung herantreten wolle, um die sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen zu verlangen. Es ist auch wahrscheinlich, daß man besonders in sozialistischen Kreisen der Schweiz von diesen Dingen schon etwas wußte und daß derartige Nachrichten in das Publikum gelangten, wo sie naturgemäß zu den üblichen Übertreibungen führten.

Berlin, 27. März. Wie dem „L.“ aus Lugano berichtet wird, ist infolge andauernder Unruhen in Turin, die in letzter Zeit einen immer drohenden Charakter annehmen, der Belagerungszustand verhängt worden.

Die Revolution in Rußland.

Republik oder Monarchie?

Wien, 27. März. Die „Korrespondenz Rundschau“ meldet aus Stockholm: Aus besonderen Quellen verlautet, daß in Stockholm seit 24 Stunden keine amtlichen Depeschen aus Petersburg eingetroffen sind. Der Korrespondent der „Rustkjo Slowo“ meldet aus Moskau, daß die Proklamierung der Republik unmittelbar bevorstehe. Es sei zweifellos, daß Rußland die Monarchie endgültig fallen lasse.

Die konstituierende Versammlung.

Basel, 27. März. Savas berichtet aus Petersburg: Es ist nunmehr endgültig beschlossen worden, die konstituierende Versammlung voraussichtlich auf Ende April nach Moskau einzuberufen.

Friedensdemonstrationen.

Kopenhagen, 27. März. „Politiken“ wird aus Paris gemeldet: Aus Petersburg einlaufende Telegramme besagen, daß in den letzten Tagen auf den Straßen Petersburgs große Friedensdemonstrationen stattfanden. Unter den Demonstranten sehe man große Scharen von Soldaten.

Friedensverörterungen.

Von der schweizerischen Grenze, 27. März. Die Schweizer Blätter bringen Meldungen aus Stockholm, die besagen, daß sich nach und nach auch in den liberalen Kreisen Rußlands die Abwendung von der kriegslustigen Politik durchsetze, und daß sich eine besonders unter dem Druck der Arbeiterchaft wachsende Gemüthsstimmung, einen allgemeinen Frieden unter annehmbaren Bedingungen zu schließen. In Stockholm gut unterrichteten russischen Kreisen würden die Chancen eines neuen Friedensvorschlages, der freilich keinen Separat-, sondern einen allgemeinen Frieden bezwecken müßte, optimistisch aufgefaßt.

Unerhörte Zustände in einem russischen Gefangenenlager.

Auf eine Reichstags eingetragene Anfrage hat der Reichslangler folgende Antwort erteilt: Es ist richtig, daß in dem russischen Gefangenenlager in Tokki infolge einer schweren Typhusepidemie im Winter 1915/16 eine erschreckend große Zahl von Kriegsgefangenen — die Angaben schwanken zwischen 10 000 und 17 000 — gestorben sind. Hierunter haben sich aber nach neueren Feststellungen nur etwa 450 Reichsdeutsche befunden, während der Rest auf österreichisch-ungarische Gefangene entfiel. Es ist ferner zutreffend, daß die Leichen der Verstorbenen wegen des hartgefrorenen Bodens zum Teil nicht sofort der Erde übergeben werden konnten und vor dem Lager aufgeschichtet längere Zeit unbestattet liegen geblieben sind.

Nachdem die deutsche Regierung durch Vermittlung der amerikanischen Botschaft in Petersburg von den unerhörten Zuständen in Tokki Kenntnis erhalten hatte, sind sofort Schritte unternommen worden, um mit Unterstützung der amerikanischen Vertreter und anderer Neutraler Abhilfe zu schaffen. Insbesondere wurden mit den von schwedischer Seite eingerichteten Liebesgaben die dringend erforderlichen Heilmittel sowie Kleidungsstücke aller Art nach Tokki geschickt; auch trat der dänische Arzt Professor Dr. Madien, Leiter des Kopenhagener Serum-Instituts, alsbald eine Reise dorthin an und nahm an allen Kriegsgefangenen vorbeugende Schutzimpfungen vor. Diese hatten das erfreuliche Ergebnis, daß die Seuche binnen kurzem erlosch. Der vor einiger Zeit aus dem Tokki-Lager zurückgekehrte österreichische Arzt Dr. s. Kijling und ebenso die deutsche Note-Kreuz-Schwester von Saffow, die das Lager vor einigen Monaten besucht hat, haben bestätigt, daß die Verhältnisse dort augenblicklich durchaus erträglich seien; das gleiche geht aus allen neuerdings hierher gelangten Briefen der im Tokki-Lager befindlichen Kriegsgefangenen hervor. Nach Mitteilungen der erwähnten Note-Kreuz-Schwester ist der durch seine Nachlässigkeit für die verhängnisvolle Ausbreitung der Seuche im Tokki-Lager in erster Linie verantwortliche damalige Lagerkommandant zu schwerer Zuchthausstrafe verurteilt worden.

Höchstspannung im Westen.

Hauptquartier West, Mitte März 1917.

Wieder im Westen. Weit weg die siebenbürgischen Wälder die walachischen Landstrichen. — Verklingen die wilde Jagd der Sturmjäger Gallienhans — das tolle Galakt im Schnee des Serets. Wieder im Westen. Bei Arras pfeifen die Stare. Weiße, nasse Winde streichen über den Ardennenwald. Der dritte Kriegsprüfung bricht aus der unglücklichen Erde Nordfrankreichs.

Aber es ist ein anderer Westen als der, den wir verlassen. Seit den Tagen der Marne-Schlacht war der Westen erkrankt. In blutigen aber stumpfen Gleichklang hämmerten die Brust an Brust liegenden Heere aufeinander los — manchmal zu Riesenschlachten ansholend — immer ohne durchstoßenden Erfolg. Der Krieg des Westens war der grauamte. Es war ein dumpfes, stilles Dullen. Es war ohne den Schwung jeder Bewegung. Er schien für immer zur Ideenlosigkeit verdammt.

So trug die Westfront ihren Krieg. Stolz und doch manchmal bedrückt, wenn die rücktreibenden Regimenter und Batterien vom Bormarsch in Rußland, Serbien oder der Balachei erzählten. Nicht ihre Tatenlosigkeit bedrückte sie. Denn das war Kinderspiel gegen die Veretto- und Champagne-Kämpfe, gegen die Eisenschlacht an der Somme. Es war die Regungslosigkeit des Ganzen, das Festgefahren, Festgebissene der weidlichen Kriegsführung. Das Gefühl dieser Unbeweglichkeit lag auf jedem Muskelein von Oern bis Mühlhausen und hat bis heute viel seelische Kraft verzehrt.

An Tage, als wir auf den rumänischen Kriegsschauplatz fuhren, eifchten Hindenburg im Westen. Es war Anfang September. Den ganzen Winter schwebte Hindenburg-Ludendorffs Geist über dieser wachhaft eingetrennten Front. Als die Frühlingwinde sich lösten, schmolz nicht nur das Eis der Flüsse, sondern auch das Eis der strategischen Erstarrung. Langsam wie ein Schiff beim Stapellauf begann das Kernstück unserer Front sich zu beleben. Die starr gespannte Kette zwischen Arras und Soissons hub elastisch an zu schwingen. Zum erstenmale ging ein Zittern der Befreiung durch die Westarmee.

Es war das Ei des Kokonbus. Hunderte suchten es. Eimer fand es. Hunderte wozen vor der Idee des Rückzuges erblüht. Hindenburg-Ludendorff stellte die Dinge auf den Kopf und den Rückzug in das Zentrum seiner weidlichen Pläne. Den ganzen Winter hindurch wurde in dem Dreieck Arras-Rogon-Soissons emsig gearbeitet von unzähligen Händen. Und in wenigen Tagen des März nahm Hindenburg dann plötzlich seine Truppen von den gefährdeten Scheiteln des Dreiecks auf seine Basis zurück.

Ueber die Gründe und Schwierigkeiten dieses Rückzuges wird noch zu reden sein. Jetzt steht zunächst, daß er rein militärischen Erwägungen entsprang. Darum konnte keine Rücksicht genommen werden auf die populäre Erwägung, daß dieser heute ausgegebene Rücktritt mit deutschem Mut getränkt, daß er ein wertvoller Beitrag für die künftigen Friedensverhandlungen und darum unter allen Umständen zu halten sei. Die rückwärtslose militärische Logik lag über solche Gefühlserhebungen unerbittlich hinweg. Sie kümmerte sich nicht um das Siegesgefühl der Gegner, das sie voraussetzte. Aber auch nicht um das kommende Wutgefühl, das unsere Zurückziehung aller militärischen Hilfsmittel im aufgegebenen Landstrich entfesseln wird. Diese Zurückziehung war notwendig. Wir wußten, daß das Gebiet, das wir aufgaben, für die nächsten Monate die Operationsbasis des Gegners werden würde. Sollten wir ihm unsere Unterstände des Gegners hinterlassen? Das wäre Verbrechen an unserer kämpfenden Truppe gewesen. Aber ebenso wenig dürfte er Kreditlinien und Fabrikvorarbeiten finden, von denen aus er das Feuer auf uns lenkt. — Straßen und Kanäle, auf denen er seinen Nachschub organisiert — Schloffer, in denen seine Stäbe wohnen — Dörfer, in denen seine Kompagnien kampieren können. Es ist nichts um seiner selbst willen niederzulegen, aber alles wertlos vernehmen, was uns irgendwie militärisch von Nachteil sein kann.

Wenn und in weiser Kopfe die Idee dieses strategischen Rückzuges entsprungen ist, wird man später einmal genau erfahren. Ihre Größe liegt in ihrer Einfachheit. Vielleicht mußte jemand vom Oben kommen, um den Mut zu dieser Idee zu haben. Der Weltkrieg hatte seine eigene Logik.

Es ist in den Rückzugskämpfen um Bapaume vorgekommen, daß einzelne Abteilungen bereitwillig Dörfer zurückverboten, die sie aufgeben sollten. So ineinander festgebissen hatten sich die Truppen. Und auch die Führer hingen an ihren Stellungen und Dörfern wie an einer zweiten Heimat. Vielleicht mußte jemand von außen kommen, um diesen Weltkrieg ganz unpersonlich und von hoher Warte aus ganz sachlich, als rein strategisches Problem, überblicken zu können. Heute, wo die große Umgruppierung fast vollendet und reiflos gelöst ist, darf man sagen, daß das Unternehmen ebenso klug war, wie seine Ausführung schwierig. Es gibt in der Kriegsgeschichte viele Rückzüge, die später als strategische Fiktion sind. Auch die Franzosen müßten heute aus ihrem Duzend schwerer Niederlagen am Anfang des Krieges einen „strategischen“ Rückzug machen, der durch die Marne-Schlacht seine Nichtigkeit beweist.

Dagegen vollzog sich nie ein Rückzug von Massenheeren mit ihrer Menge von Artillerie, Munition und Pioniergerät so methodisch, so ungestört, so ohne Verluste, wie dieser. Auch nicht der erste große Rückzug Hindenburgs von Barzou. „Die Rückzüge großer Heerherren und Kriegsgewaltiger Heere gleichen stets dem Abgehen eines verwundeten Böwen.“ Hier zwischen Arras und Aisne aber brauchten wir uns nicht zu wehren, denn es war kein Feind da, der uns hinderte. Wir waren nicht verwundet, sondern unsere Kolonnen marschierten nach hinten wie von einem Siege heimkehrend. Die Engländer beschossen tagelang Dörfer, in denen niemand saß. Französische Krieger warfen Bomben auf eine geräumte Stadt, deren Einwohner herzklopfend auf die erste französische Reiterpatrouille warteten. Dieser Rückzug ist reiflos zu verlaufen, wie der Kopf seines Ueberbers kalkulierte. Und die Welt wird staunen, wenn sich der Scheiter von diesem Unternehmen heßt, das diese Bewegung von mehreren hunderttausend Menschen regelte.

Aber „Rückzug heißt Rückzug“ wird der strategische Kopf dießseits und jenseits der Grenzpfähle von Mitteleuropa sagen. Ist nicht der Rückzug doch eine Folge des starken Somme-Drucks — ein Erfolg des Gegners? Darauf ist zu antworten, daß wir nicht wissen, ob nicht auch ohne Somme-Schlacht die jetzige deutsche Heeresstellung ungruppirt hätte. Man kann ruhig zugeben, daß der Rückzug, für sich betrachtet, wohl eine Erleichterung für uns, vielleicht auch einen Schlag für den Gegner, aber durchaus noch keinen deutschen Erfolg bedeutet. Mögen die Skeptiker es so ansehen. Wir können weitergehen und zugeben, daß auch manchem deutschen Unterführer die Trennung von diesem Landstrich, den er jahrelang als schirmenden Wall der Heimat verteidigt hat, nicht leicht gefallen ist. Aber ein strategischer Rückzug ist niemals Selbstzweck. Und am wertvollsten dieser. Dieser Rückzug hat ein operatives Ziel. Seine

Ausführung ist im Großen vollendet. Seine positive strategische Auswirkung wird sich zeigen. Dann erst kann er ganz gewirkt werden — in der Größe seines einfachen Grundgedankens und in der fruchtbareren Mannigfaltigkeit seiner Konsequenzen.

Ein aber ist schon heute sicher. Und das ist nicht das Unwichtigste. Die Westfront atmet auf. Man muß die Männer gesehen haben, die aus den verschlammten Sommertrümmern kamen, und die leichten Kavallerie-, Radfahrer- und Maschinengewehr- Detachements, die plötzlich Bewegungskrieg spielten. Die Westfront ist herausgerissen aus der Lethargie des bloßen Stellungskrieges. Für eine Zeitlang denkt sie wieder in Provinzen und Armeekorps, statt in Schlingenschnurmetern. Die Westfront ist voll Spannung. Sie sieht am Rückzug nur die Bewegung und nach zwei Jahren starrer Ruhe ist jede Bewegung für sie Sieg — auch wenn sie zunächst nach rückwärts führt. Die Westfront ist voll Hoffnung. Anders als vor den großen Frühjahrs- und Herbstoffensiven der letzten Jahre. Sie spielt das Warten von Ideen über ihre Front. Nie war ihr Vertrauen in die Zukunft so lebendig, wie heute.

„Wann kommt Hindenburg?“ — so wurde schon im Jahre 1915 hier und da gefragt. Im letzten Herbst erschien er in der Picardie. Aber erst heute ist er wirklich hier und der letzte Mann in der vorbesten Saube verpüht etwas von dem neuen Geiste, der sich in ihm und seinem Namen verpüht.

(Kb.) Dr. Adolf Köpfer, Kriegsberichterstatter.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion bestimmte zu Beginn für den Etat des Reichsfinanzgesetzes und den Etat des Auswärtigen Amtes die Abgeordneten Koste und Dr. David.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaftsvorstände zur Ernährungsfrage. Die Stenografie der Vertreter der Gewerkschaftsvorstände nahm in ihren Sitzungen vom 20. und 21. März ds. Js. Stellung zur Frage der Kriegsernährung, sowie insbesondere zu den Vorschlägen des preussischen Landwirtschaftsministers gegen die Eingaben der Gewerkschaften an das Kriegsernährungsamt und an den Reichsfinanzminister und zu den geplanten Neuregelungen der Preise und Rationierung der wichtigsten Lebensmittel. Es wurde folgende Resolution angenommen, die den leitenden Stellen der Volksernährung übermittelt werden soll:

Die Vertreter der Gewerkschaften erklären, daß die von dem preussischen Landwirtschaftsminister in den Sitzungen des preussischen Landtags vom 7., 8. und 15. März 1917 gegen die Eingabe der Gewerkschaften erhobenen Angriffe die Berechtigung ihrer Forderungen in der Ernährungsfrage nicht erschüttern können. Am allerwenigsten können sie sich zu der Auffassung bekehren, daß die einseitige Politik des Landwirtschaftsministers zugunsten der Produzenten den Interessen der Verbraucher entspreche.

Die Gewerkschaftsvorstände halten ihre Beschwerden und Forderungen mit Entschiedenheit aufrecht und erheben nochmals ihre wachsende Stimme. Die Arbeiterchaft muß von den verantwortlichen Stellen im Reiche wirklich durchgreifende und schnelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung dringend verlangen.

Ein Erfolg der Organisation. Die Angestellten der Kaiserstraßenbahn, die erst kürzlich die Anerkennung der Organisation bei der Betriebsrats durchsetzen, haben jetzt auch einen materiellen Erfolg zu verzeichnen. Nach längeren Verhandlungen gelang die Einigung für die männlichen Angestellten eine Lohnzulage von 15 Mk. im Monat, für die weiblichen eine solche von 40 Pfg. täglich zu. Für Arbeit an freien Tagen soll noch eine besondere Lohnzulage von 5 Pfg. für die Stunde gezahlt werden.

Ausland.

Belgien anerkennt deutsche Kolonien.

Trotz aller vollemischen Heißjähre der belgischen Sozialisten gegen die belgischen Annexionen fährt die belgische Regierung fort, eine amerikanische Politik zu treiben. Wie das Pariser „Journal des Debats“ vom 7. März mitteilt, sind Belgien und Großbritannien zu einer vorläufigen Verständigung über die Verteilung von Deutsch-Ostafrika gelangt.

Vanderelde ist Mitglied dieser Regierung. Er werden sehen, ob er von seinem Amt zurücktreten wird, nachdem er gesehen hat, daß seine Regierung nach wie zuvor am britischen Juregenusspiel und Kampfe gegen Deutschland teilnimmt. Und auch Camille Guyotant wird sich überzeugen, wie wenig er in die deutsche einseitige Politik seiner Regierung eingeweiht ist und wie wenig seine Regierung auf die Wünsche und Pläne des belgischen Sozialismus Rücksicht nimmt.

Wilson's „schiedsgerichtliches Streitverbot“ ausfichtlos.

Die organisierten Arbeiter, die sich mit seltener Einmütigkeit gegen den Versuch gewandt haben, das landläufige Streit-Schiedsgerichtsverfahren in den Vereinigten Staaten einzuführen, haben, wie die New Yorker „Volkzeitung“ meint, einen vorläufigen Erfolg von großer Tragweite errungen. Das Senatskomitee für zwischenstaatlichen Handel hat abgelehnt, den ersten Teil des von Präsident Wilson befürworteten Gesetzes, der die Fortführung eines Streiks verbietet, solange die von der Regierung angeordnete Untersuchung andauert, im Senat einzubringen. Die Ablehnung ist deshalb von Bedeutung, weil sie nicht nur mit der strikten Weisung von 7 zu 3, sondern auch nicht auf Grund der Parteiliniere erfolgte, da sowohl Republikaner wie Demokraten für und gegen stimmten. Wie verlautet, stimmten 5 Republikaner und 2 Demokraten für und 2 Republikaner und 1 Demokrat gegen die Ablehnung. Diese Parteierziehung gibt uns eine ziemlich sichere Gewähr dafür, daß auch im Klement der Senat diesen ersten Teil des Gesetzes ablehnen wird. Und es ist Aussicht vorhanden, daß auch das Repräsentantenhaus dem Beispiel des Senats folgen wird.

Deutsches Reich.

Aus dem preussischen Herrenhaus.

Berlin, 26. März. (Nicht amtlich.) Bei Beratung des Antrags des Grafen Hoensbroech und Gen. in Verbindung mit dem Antrage Odenburg über den ungeschlossenen U-Bootkrieg im Herrenhause gab der Vizepräsident des Staatsministeriums von Breitenbach eine Erklärung ab, daß die königl. Staatsregierung im Hinblick auf die Kommandogewalt in eine Erörterung über diesen Antrag nicht eintreten könne. Daß sie aber, falls es den Anschein habe, mit der Erörterung des Antrages eine Besprechung innerpolitischer Fragen verknüpfen werden solle, anheimstellen, diese Besprechung an eine Kommission zu übertragen. Auf Antrag des Grafen Hoensbroech wurden die Anträge ohne weitere Erörterung an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Für eine neue Wahlkreisinteilung.

In der „Internationalen Korrespondenz“ geht Genosse Edward David auf die Wahlmannsche Rede vom 14. März ein und fordert den Reichskanzler auf, wenigstens auf dem Gebiet der Wahlkreisinteilung einige Schritte vorwärts zu tun. Edward David weist nochmals darauf hin, daß das geltende, scheinbar gleiche Wahlrecht in Wirklichkeit höchst ungleich sei. So hatte der Wahlkreis Teltow-Beeskow-Charlottenburg bei der Wahl von 1912 nicht weniger als 1315 601 Einwohner mit 339 256 Wahlberechtigten, während der Wahlkreis Schaumburg-Lippe 46 652 Einwohner mit 10 709 Wahlberechtigten zählte. Beide Wahlkreise hätten je einen Abgeordneten in den Reichstag zu entsenden. Zwischen diesen beiden Extremen standen auf der einen Seite zahlreiche Kleinstwahlkreise und auf der anderen nicht weniger als 61 Kreise, die das Normalmaß von 100 000 Einwohnern nicht erreichten. David weist dann weiter auf den § 5 des Reichstagswahlgesetzes vom 31. Mai 1869 hin, der eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten infolge der steigenden Bevölkerung anordnet. So empfiehlt er die reichste Durchführung einer provisorischen Neuordnung, die das schlimmste Unrecht doch vor der nächsten Wahl beseitigt. Sein Vorschlag geht dahin: „Man vermehre die Mandate aller über 200 000 Einwohner zählenden Wahlkreise, so daß auf jedes volle Hunderttausend ein Abgeordneter entfällt. Das ergäbe ein Mehr von 115 Abgeordneten für die großen städtisch-industriellen Bezirke, also eine Zulage, die den Vorzug der ländlichen Wahlkreise noch keineswegs einholt. Aber durch dieses spielend leicht durchzuführende Provisorium wäre weitgehendstens verhütet, daß die nächste Wahl noch einmal im Zeichen der schiefsten Ungleichheit sich vollzieht. Niemand, dem es ernst ist mit der reichsbürgerlichen Gleichberechtigung von Stadt und Land, kann dieser gerechten Forderung widerstreben. Ihre Erfüllung würde eine der unendlichsten Schranken im innerpolitischen Kampfe beseitigen. Nur wenn gleichen Pflichten auch gleiche Rechte entsprechen, kann das Zusammenwirken der Glieder eines Volkes die höchste politische Kultur zeitigen.“

Abgelehnte Erbschaftsteuer.

Die Erbschaftsteuer von Kindern und Ehegatten, die im kaiserlichen Landtag beantragt war, wurde von den Konservativen und Nationalliberalen in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

„Lebhafte Meinungsverschiedenheiten“ im Zentrum.

Dieser Tage hat der Reichstagsabgeordnete Giesberts in Berlin in einer Zentrumsversammlung geredet und dabei nach dem Bericht der „Germania“ (Nr. 139) u. a. gesagt:

„Die Zentrumspartei ist von allen Parteien diejenige, die infolge ihrer Zusammenlegung in Fragen der Kriegswirtschaft am leichtesten Gefahr läuft, in sich unvereinbar zu werden. Denn besteht aber gerade die Bedeutung einer Partei, daß sie bei wichtigen politischen Fragen ihren Einfluß geltend machen kann. Wenn auch innerhalb unserer Partei in manchen Fragen lebhafteste Meinungsverschiedenheiten bestehen, so ist sie doch im allgemeinen einig und geschlossen in der Stimmabgabe gewesen.“

Die Unzuegung ist, wie Giesberts andeutet, in der Zusammenlegung der Zentrumspartei begründet, also in der Verschiedenheit der Klasseninteressen: Sie Produzent — Sie Konsumist! Sie Kapitalist — Sie Proletariat! Einzelheiten enthält der Bericht nicht, und so erfährt man nicht, ob und was der Redner beispielsweise über die „lebhaften Meinungsverschiedenheiten“ in der Zentrumsleitung hinsichtlich der preussischen Wahlreform mitgeteilt hat, und wie sich die Arbeiterabgeordneten und die demokratischeren Elemente zu der Preisgabe des gleichen Wahlrechts durch das Landtagszentrum stellen. Daß die Gegenläufe nicht gering sind, kann besonders daraus geschlossen werden, daß Giesberts „eine Neuorientierung auch innerhalb der Zentrumspartei“ für geboten erklärte; mit einer neuen Zeit müsse „auch die Zentrumspartei neues Leben erhalten“. Wenn so der Brennpunkt unter den katholischen Arbeiterführern spricht, so darf man annehmen, daß die Gegenläufe ziemlich weit vorgeritten sind.

Gegen den Schwindel mit Eryasmitteln.

Die sächsische Regierung hat scharfe Maßnahmen ergriffen, um dem Schwindel zu steuern, der mit vielfach wertlosen Eryasmitteln getrieben wird. Für den Vertrieb von Eryasmitteln jeder Art bedarf es der schriftlichen Genehmigung durch die Landesbehörden. Diese Genehmigung kann verweigert werden, wenn Bedenken gegen die Zusammenlegung des Mittels bestehen oder wenn bestimmte Bedingungen nicht erfüllt werden.

Die neueste Kriegsgesellschaft.

Um dem sehr fühlbaren „Mangel“ an Kriegsgesellschaften abzuwehren, ist jetzt auch eine Kriegsgesellschaft gegründet worden, die es sich u. a. zur Aufgabe gemacht hat, die Preise für Kaninchenfleisch in die Höhe zu treiben, um auf diese Weise die Kaninchenzucht zu fördern. Im Ausschuss dieser Gesellschaft sitzen nicht weniger als fünf Kommerzienräte und der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann. Gegebenen Beispielen folgend, wird man wohl zunächst ein komfortables Hotel mieten. Dieser Marke, für alle möglichen Zwecke Kriegsgesellschaften zu gründen, mißte doch endlich einmal ein Kegel vorgehoben werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 27. März. Am Bundesratsitz: Graf Koedern, Helfferich. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1,17 Uhr. Eingegangen ist der Notetat. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen. Abg. v. Goller (Natl.) fragt namens Mitgliedern aller Parteien nach dem Stande der Geschlechtskrankheiten im Heere und deren Wundungen an die Landesversicherungsanstalten. Ministerialdirektor Dr. v. Jougoueres: Die Behandlung derartiger Krankheiten im Heere ist ausschließlich Sache der militärischen Stellen. In erster Linie kommen militärische Internisten in Frage. Das Berufsgeheimnis darf nur mit Zustimmung der Kran-

ken gebrochen werden oder wenn gesetzliche Vorschriften es verlangen. Mitteilungen über den Gesundheitszustand von Personen an die Träger der sozialen Versicherung werden nicht ohne weiteres als befugnt angesehen.

Abg. Gunkler (F. V.) fragt nach der Bekämpfung der Nestschädlinge durch Kupfervitriol und Schwefel.

Ministerialdirektor Dr. v. Jougoueres: Die Knappheit an Kupfer macht größere Spararbeit notwendig. Das Kriegsministerium ist aber bereit, nach Möglichkeit weitere Mengen zur Bekämpfung der Nestschädlinge zur Verfügung zu stellen. Es müssen aber auch alle andern brauchbaren Mittel benützt werden.

Es folgt die zweite Beratung der Steuerentwürfe, beginnend mit dem

Zuschlag zur Kriegsteuer.

Abg. Dr. David (Soz.): Die Kommission hat eine Beschränkung der Kriegsteuer abgelehnt und will das Defizit des Etats durch Verteuerung der Steuern und des Verkehrs weinmachen. Wir bedauern das, wollen aber doch noch den Versuch machen, diesen verhängnisvollen Weg nicht zu beschreiten. Es liegt keine zwingende Notwendigkeit vor, die bescheidenen Klassen noch weiter zu belasten. Wir haben eine Verärgerung der Erbschaftsteuer vorgeschlagen gerade jetzt, wo so mancher erbt, der keine Aussicht dazu hatte. Von den Engländern können wir lernen, wie die Einkommen und die hohen Kriegsgewinne zu erfassen sind. Wenn die Einzelstaaten sich freudig über den Weg über die Matrularbeiträge gewandt werden. Wenn man auf die höheren Arbeiterlöhne hindeutet, so erwidern diese immer noch nicht den Steuerüberhörschüssen. Hunderttausende von Arbeitern erhalten überhaupt noch keine Zulagen. Denken Sie besonders an die Armen und Aermsten, an die Invalidenrentenempfänger, die durch neue indirekte Steuern ebenfalls neu belastet werden. Die Kriegsgewinne von 100 000 M. sollen nach dem Regierungsvorschlag mit 23 400 M. nach unserm Vorschlag mit 20 000 M. besteuert werden. Ist das zu viel? Die Kriegsgewinnsteuer trifft so an sich einmal den Gewinn als solchen, sondern nur den Mehrgewinn in Friedenszeiten. Ist da unter Vorschlag eine Härte? Die Deutsche Fraktion beantragt, den Zuschlag zu erhöhen bei kriegssteuerpflichtigen Vermögen über 100 000 M., wenn sich das Einkommensvermögen um mehr als ein Viertel erhöht hat, auf 25 Prozent, wenn es sich um mehr als die Hälfte vermehrt hat, auf 30 Prozent, und wenn es sich mehr als verdoppelt, auf 40 Prozent. Wir beantragen aber auch die Gewinne unter 100 000 M. härter zu belasten. Durch Ablehnung unseres Antrags würden sie dem Volksempfinden ins Gesicht schlagen.

Abg. v. Brodhagen (Natl.): Es ist notwendig, daß die Steuern auf möglichst einfache Art eingebracht werden können. Dar- auf muß angesichts des Personalmangels bei den Behörden Rücksicht genommen werden. Dieser einfache Weg ist in dem Antrag zur Kriegsteuer gegeben. Die hier gestellten Anträge bringen nichts neues. Wir nehmen die Vorlage in der Kommissionsfassung an. In diesem Krieg tut jeder im Schlingensiefel und dabei sein Pflicht, der dazu beiträgt, diese Zeiten zu überwinden. Ich bin überzeugt, daß dieser Krieg mit Kriegsentfaltung und Grenz- sicherung zu Ende geht.

Abg. Pflüger (Zentr.): Wir stimmen der Vorlage, wie sie aus der Kommission gekommen ist, zu. In dem Verhältnis der Veranziehung des Vermögens zu den Lasten des Reiches darf auch künftig kein anderer Weg gegangen werden, wie bei dieser nicht dauernden Steuermaßnahme. Eine völlige Kompensation der Kriegsgewinne ist nicht möglich. Durch die Belastung in den Bundesstaaten werden sie vielfach schon bis zu 80 Prozent getroffen. — Den Antrag der Deutschen Fraktion lehnen wir ab. Er trifft die kleineren Kriegsgewinne, nicht aber die Millionäre. Es kommt jetzt allein die Lebensfähigkeit des Reiches in Frage. Die Interessen der Bundesstaaten müssen zurücktreten.

Abg. Pflüger (Zentr.): Auch wir stimmen für den Entwurf in der Kommissionsfassung. Vor Heberredungen bei den Steuern hätten wir uns hüten, um nicht das Wirtschaftsleben zu gefährden. Auf Härten, die sich schon jetzt zeigen, wird Rücksicht zu nehmen sein. Für den Ausbau der Erbschaftsteuer ist der gegenwärtige Zeitpunkt nicht geeignet. Den Antrag Martin (D. Fr.) lehnen wir ab.

Abg. Stresemann (Natl.): Die Kriegsgewinnsteuer hatte ihren ursprünglichen Charakter vollständig verloren. Sie trifft jetzt alle Vermögen, die durch den Krieg gerettet worden sind. Sie ist auch weiter veräußert worden. Man muß doch auch die einzelstaatlichen und die kommunalen Steuern berücksichtigen, die erheblich steigen sind. Der Stichtag des 31. Dezember für die Berechnung des Vermögensbestandes kann zu großen Ungerechtigkeiten führen, da die Vermögensverhältnisse nach diesem Termin sich völlig ändern können. Den Antrag Martin lehnen wir ab.

Abg. Martin (D. Fr.) verteidigt seinen Antrag. Eine gewisse Abmilderung ist nötig. Die freien Gewerbe und die Ärzte müßten kleine Erparnisse machen können, um ihre Kinder erziehen zu lassen. Es muß auch ein Unterschied zwischen normalen und ungewöhnlichem Vermögenszuwachs gemacht werden.

Vizepräsident Dr. Kaasche teilt mit, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung über die gestern zurückgestellte Resolution zum Reichseisenbahnetat zurückgezogen wird. Es wird daher später über die Resolution einfach abgestimmt werden.

Die Steuerdebatte wird fortgesetzt.

Abg. Hente (Soz. V.): Wir sind gegen die in der Vorlage vorgeschlagenen Steuern und verlangen hofliche Vorlegung eines guten Steuerentwurfes. In eine Kriegsentfaltung glauben wir nicht. Auch in den Einzelstaaten werden den Armen immer neue Lasten aufgelegt.

Zurück wird die Abstimmung über die Resolution auf Ausarbeitung einer Denkschrift unter Zuziehung einer Sachkommission über die Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen vorgenommen.

Die Resolution wird angenommen.

Sodann wird die Steuerdebatte abermals aufgenommen.

Abg. Keil (Soz.): Die Erörterung einer Kriegsentfaltung wäre besser aus der Debatte gebühren. Sollte sich am Ende des Krieges auf Grund gegenseitiger Verständigung eine finanzielle Entschädigung erlangen lassen, so würde sie niemand von uns ablehnen. Es muß leicht sein, dem Reich zu geben, was es braucht, ohne die breiten Massen mit der Kohlen- und Verbrauchssteuer zu belasten.

§ 1 des Gesetzes wird unbedändert angenommen. Die Anträge werden abgelehnt. Ebenso werden die §§ 2 bis 7 angenommen.

Abg. Camp-Massauen (D. Fr.) beantragt Einschlebung eines neuen Paragraphen: „Wird glaubhaft dargelegt, daß der in Gemäßheit des Gesetzes vom 9. November 1916 festgesetzte Kurs dem Verkaufswert eines Wertpapiers nicht entspricht, so ist der Reichskanzler verpflichtet, in eine erneute Prüfung des beauftragten Sachverständigen einzutreten. Der Antrag auf eine solche Prüfung ist längstens vier Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes zu stellen.“

Unterstaatssekretär Zahn macht praktische Bedenken gegen die Ausführungsmöglichkeit des Antrags geltend.

Der Antrag wird abgelehnt. Das Gesetz wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Ohne Aussprache wird der Gesetzentwurf über Sicherung der Kriegsteuer angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Besteuerung des Person- und Güterverkehrs.

Abg. Müller-Meidenbach (Soz.): Dieses Gesetz trifft den Verkehr empfindlich. Auch die vierte Wagenklasse soll besteuert werden, deren Reisende ohnehin schon am meisten unter den gegenwärtigen Verhältnissen leiden. Die Einbeziehung des Nachverkehrsverkehrs ist für die Wohnungsverform ein harter Schlag.

Abg. Liebsing (F. V.): Wer die Kräfte bewilligt hat, muß auch für die Steuern aufkommen. Wir können nicht alles bis zur

Überparangzeit aufschieben. Mit direkten Steuern allein können wir die 6—7 Milliarden nicht decken. In der Kommission wurde die Verbrauchssteuer so verbessert, daß keine Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit der Einzelstaaten erfolgt.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Außerdem Fortsetzung der Etatberatung — Schluß, 17 Uhr.

Vom Hauptauschuss.

Berlin, 26. März. Im Hauptauschuss des Reichstags erklärte bei Beratung der Schutzhaftragen der Kriegsmi- nister, die Verhaftungen von Personen würden von den Militär- befehlshabern nicht grundlos vorgenommen, sondern wenn der Verdacht bestehe, daß sie durch ihre Handlungen die Sicherheit des Landes gefährden. Der Rechtschuss könne daher im allgemeinen der Betroffenen erst nach der Verhaftung zugute kommen. Es sei angeordnet, daß die Truppenbefehlshaber die Verhafteten den zu- ständigen Militärbevollmächtigten zu übergeben hätten, damit dann in aller Ruhe die Fälle entsprechend dem Schutzhaftragegebot untersucht und behandelt würden. Staatssekretär Helfferich führte im Laufe der Debatte u. a. aus, daß Mißgriffe vorgekommen seien, sei von niemand bestritten worden. Die Reichsleitung, er, wie der Kriegsminister, seien entschlossen, ihr Möglichstes zu tun, um Miß- griffe zu schaffen. Aus diesem Grunde hätten auch die Verbündeten Regierungen dem Schutzhaftragegebot trotz mancher Bedenken ihre Zu- stimmung gegeben. Zahlreiche Fälle würden dadurch bereits aus der Welt geschafft, die anderen würden mit Befehlsmitteln geprüft. In der Ausführung des Gesetzes vom Dezember 1916 über die Schutzhaftrage im Belagerungszustand bestche in dem Operations- und Stappengebiet die Schwierigkeit, die Maßnahmen abzugrenzen, die unter das eigentliche Kriegsgesetz und unter das Recht des Belage- rungszustandes fallen. Der Erlass des Kriegsministers vom 23. Jan. schaffe hier eine Grundlage.

Der Staatssekretär des Innern kam dann in Be- antwortung der Ausführungen Dr. Spahn's auf die Straf- burger Rectorswahl zurück. Unter ausführlicher Darstel- lung des Falles stellte er fest, daß konfessionelle Differenzen nicht in Betracht kämen. Er wiederholte sein Bedauern darüber, daß die auf ein Mißge- deit der evangelisch-ideologischen Fakultät gefallene Wahl den Anzeichen konfessioneller Differenzen erweckt habe. Der elaph- tologischen Regierung stehe ein bestimmter Entschluß auf die Rectorswahl angeht der Selbstverwaltung der Universität nicht zu.

Aus dem Ausschuss für Ernährungsfragen.

Berlin, 27. März. (Nicht amtlich.) Nach den dem Ausschuss des Reichstags für Ernährungsfragen vorliegenden Mit- teilungen sollen die Ausschüsse zur Nachprüfung des Cente- rgebnisses in jedem Kommunalverband einer aus Inter- kommissionärer der Reichsgetreidegesellschaft und der Reichshilfsvereinstelle, sowie aus Sachverständigen aus andern Gemeinden bestehen, und zusammen mit Militärpräporen in jedem landwirtschaftlichen Betrieb die Erntebestände aufnehmen, die für den eigenen Verbrauch des Erzeugers bestimmten Mengen festsetzt aussondern und den ablieferungspflichtigen Hebererwerb gegen Auszahlung eines Anerkennungscheines in ein von der Gemeinde zu stellendes Lager bringen lassen, und den Hebererwerbpreis berechnen. Dieser der Betriebsinhaber nicht freiwillig, so- einkaren. Dieser der Betriebsinhaber nicht freiwillig, so- geht der Hebererwerb mit der Aussonderung an den Kommunalver- band über und der Hebererwerbpreis wird durch die zuständige Ver- fahre festgesetzt. Verheimlichte und versteckte Vorräte verfallen dem Kommunalverband ohne Entschädigung. Außerdem er- folgt rückwirkungslose Bestrafung. In der Debatte äußerte Präsident v. Batocki, die Verhandlungen mit der Heeresver- waltung über den Umfang ihres Verzichts seien noch nicht ab- geschlossen. Die Ergebnisse der Volkszählung müßten hier und da berichtigt werden, aber nur beim Nachweise, daß zu wenig Menschen gezählt worden seien. Der Ausgleich für die Herabsetzung der Preismengen sei natürlich unvollkommen, aber ein anderer nicht möglich. Allen bisherigen kriegswirtschaftlichen Erfahrungen zu- wider, sei die Ernte zum erstenmal überschätzt worden und diese Überschätzungen erst rechtlich spät bekannt geworden. Der Ernst der Lage rechtfertige weder eine scharfe Kritik, noch utopi- sche Vorschläge. Weiterhin erklärte Präsident v. Batocki, die Schweinebestände reichten für die notwendige Schlachtung nicht hin. Daher müßten die Rindviehbestände scharf angegriffen werden. Die wechhabenderen Gemeinden würden 75 Bq., die ärmeren bis zu 90 Bq. pro Kopf und Woche als Zuschüsse für die Zusatzfleisch- mengen erhalten. Eine Vermehrung der landwirtschaftlichen Er- zeugnisse sei schon aus Mangel an menschlichen und tierischen Ar- beitskräften unmöglich, ganz abgesehen von den Transportchwie- rigkeiten. Unmöglich und aussichtslos sei die vorgeschlagene Auf- stellung der Viehdiaagnose und Wegnahme der Lebensmittel in der Landwirtschaft. Es sei unmöglich, ohne Brot und Kartoffeln zu leben. Dies müsse die Landwirtschaft sich klar machen.

Soziale Rundschau.

Ueber die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Februar 1917 berichtet das vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebene „Reichs-Arbeitsblatt“ in seinem Märzheft, wie folgt:

Im Monat Februar zeigt sich keinerlei wesentliche Verände- rung des Bildes, welches das deutsche Wirtschaftsleben seit Mon- aten bietet. Im Vergleich zum Februar des Vorjahres ist verzeich- nendlich noch eine weitere Steigerung der Beschäftigung festzustellen. Im Verabau und Hüttenwesen herrschte dieselbe außerordentlich lebhaft Nachfrage, wie sie für die vorhergehenden Monate kenn- zeichnend war. Dem Vorjahr gegenüber ist im Verabau im allge- meinen eine Verbesserung nicht hervorgetreten. Demgegenüber zeigt aber die Eisen- und Metallindustrie wie der Maschinen- und Apparatebau vielfach eine weitere Steigerung der angepaßten Beschäftigung dem Februar 1916 gegenüber. Mehreres gilt auch für die elektrische Industrie. In der chemischen Industrie, in der sich die Lage im allgemeinen auf der gleichen Höhe wie im Vor- monat behauptete, ist verzeichnendlich gleichfalls der Beschäftigungsbefriedigender als im Februar des Vorjahres ausgefallen. In Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hat sich im ganzen ein Rück- gang geltend gemacht.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die am 1. März 1917 in Beschäftigung stehenden Mitglieder dem 1. Februar gegenüber insgesamt eine Zunahme um 29 334 Beschäftigte oder 0,37 v. H. (gegenüber einer Abnahme der Beschäftigten- zahl um 0,44 v. H. im Vormonat).

Nach den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in 36 Fachverbänden, die für 812 584 Mitglieder berichteten, wurden Ende Februar 12 797 Arbeitslose oder 1,6 v. H. gegen 1,7 v. H. im Vormonat ermittelt. Die Arbeitslosigkeit ist also um ein ge- ringes gesunken. Die Arbeitslosigkeit insgesamt stellte sich im Ver- richtsmonat gegen den Februar in den drei vorhergehenden Jahren zum Teil wesentlich niedriger, da sie 1914 3,7, 1915 5,1 und 1916 2,8 v. H. betrug.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt wie im vorigen Monat auch diesmal für das männliche Geschlecht ein geringes Steigen des Antrags der Arbeitssuchenden erkennen, während auf dem weiblichen Arbeitsmarkt der Andrang der Bewerberinnen weiterhin ge- sunken ist. Im Februar kamen bei den Männern 62 Arbeit- suchende (gegen 61 im Vormonat) auf je 100 offene Stellen, wäh- rend beim weiblichen Geschlecht sich der Andrang von 115 Arbeit- suchenden bei je 100 der gemeldeten offenen Stellen auf 112 v. H. verminderte.

Baden.

Karlsruhe, 27. März. Zur 6. Kriegsanleihe zeichnen in Baden neuerdings die Maschinenfabrik von Gröner in Durlach 500 000 Mk., die Badische Gesellschaft für Lederfabrikation in Waghäusel 2 Millionen Mark, die Firma Heinrich Ranz in Krautheim 6 Millionen Mark, die Bezirksparitätische Rabolzell 2 Millionen Mark, die Bezirksparitätische Engen wird denselben Betrag, der Vorjahrverein Engen 496 000 Mk., der Vorjahrverein Engen 500 000 Mk. zeichnen.

Durlach, 27. März. In der gestrigen ordentlichen Generalversammlung der Maschinenfabrik Gröner A.-G. in Durlach wurden alle Anträge der Verwaltung genehmigt und die Dividende für das Jahr 1916 auf 9 Proz. festgesetzt.

Ettlingen, 27. März. Eine Eingabe um Erhöhung der Feuerungszulagen für die städtischen Arbeiter Ettlingens hat der Gemeindevorstand eingereicht. Beauftragt ist eine Erhöhung der Zulage von 3 auf 4 Mk. wöchentlich, ferner die Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage, sowie die Wiederbegünstigung des in Friedenszeiten gewährten Urlaubs. Diese Anträge sind gewiß begehren zu nennen, wenn man weiß, daß der Lohn der städtischen Arbeiter Ettlingens zwischen 3,20 bis höchstens 4 Mk. schwankt. Nur im Gastwerk und jetzt bei der Milchversorgung wird bis 5 Mk. bezahlt. Wie sehr die Arbeiter, die zum Teil 3,65 Mk. beziehen, sich wirklich bei der Feuerung durchschlagen, ist ein Rätsel. Leben können sie nicht von diesem Lohn, sondern nur vegetieren. Auch das Fehlen der Feiertagsbezahlung trifft man nur noch in wenigen, ganz rückständigen Städten Badens. Dabei beträgt die Feuerungszulage nur 3 Mk. wöchentlich und selbst da werden in der Woche, in welche ein Feiertag fällt, die auf den Tag entfallenden 50 Pfg. abgezogen. Nun stehen die Osterfeiertage bevor. Wird die Eingabe bis dahin nicht erledigt, so haben die Arbeiter in den beiden Osterwochen je ein Wochenlohn von 16—20 Mk. — im Jahre 1917, im dritten Kriegsjahr, nachdem die Kosten der Lebenshaltung auf doppelte und dreifache gestiegen sind. Möge deshalb der Ettlinger Stadtrat ein Eingehen haben und seinen Arbeitern durch Berücksichtigung ihrer Wünsche einigermachen entgegenkommen.

Ettlingen, 27. März. Nach dem „Mittelbad. Kurier“ wird die städtische Umlage auch in diesem Jahr wieder 30 Pfennig betragen. Nach dem „Landsmann“ ist eine Erhöhung der Gas- und elektrischen Strompreise beabsichtigt, so daß künftig Leuchtgas 18 Pfg. und Kraftgas 16 Pfg. kosten wird. Der elektrische Strompreis soll um 5 Pfg. pro Kilowattstunde erhöht werden.

Forstheim, 27. März. Entwichene Kriegsgefangene Offiziere. Schon wieder sind in hiesiger Gegend drei dem Heidelberger Offiziersgefangenenlager entwundene Offiziere festgenommen worden. Der Polizeibericht meldet: Gestern früh wurden vom Straßenwart Schuster in Erfingen zwei englische Offiziere in Zivilkleidung angehalten und dem Bürgermeisteramt vorgeführt, welches ihre Einlieferung an das Bezirksamt Forstheim veranlaßte. Ein dritter wurde in Durlach festgenommen. Die Flüchtlinge befanden sich auf dem Wege nach der Schweiz.

Heidelberg, 27. März. In der Nacht auf Montag kam der auf dem Bahnhof in Brudersal beschäftigte 33jährige Bahnarbeiter Freidinger so unglücklich zwischen die Räder zweier Güterwagen, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Achern, 27. März. Bei der auf Veranlassung von Otto Esfeld abgehaltenen Weinversteigerung wurden folgende Preise bezahlt: 1911er Wormberger 290 M., Ulmberger 300 M., 1911/15er Ringenberger 341 M., 1915er Reitenheimer 330 M., 1915er Thiergartener Weißherbst 324 M. für den Hektoliter.

Kahr, 27. März. Bei der Tafelstube hat Kaufmann Rudolf Schmidt die erste Schnepfe geschossen.

St. Blasien, 27. März. Empfindlich bestraft wurde hier ein hantelnder Kurgast. Die Dame hatte sich in der — Kirche zehn Eier für 4 M. erkauft. Sie erhielt eine Geldstrafe von 120 M.

Schlengen (N. Mühlheim), 27. März. Der 16jährige Wilhelm Brendlin aus Maulburg wurde auf der Föschung des Bahnhofs von einem Schnellzuge erfaßt, den Dampf hinaufgeschleudert und schwer verletzt.

Höhrenbach bei Kenzingen, 27. März. Nach dem Gemeindevoranschlag für 1917 wird hier keine Umlage zur Erhebung kommen.

Konstanz, 27. März. Der schweizerische Bundesrat hat beschlossen, von der Einführung der Sommerzeit für dieses Jahr abzusehen.

Singen a. S., 27. März. Der Gemeinderat hat als Zuschuß zur Milchwirtschaft des Ortsausschusses vom Noten Kreuz bewilligt für Monat Januar 1200 M. und für Februar 1100 M.

Mannheim, 27. März. Der 63jährige Fabrikarbeiter Franz Willmann aus Obermühlbach, der, wie wir berichtet haben, beim Aussteigen aus einem in Gang befindlichen Straßenbahnwagen verunglückt ist, ist jetzt seinen Verletzungen erlegen.

Heidelberg, 27. März. Die Königstuhlfernwarte teilt mit: Am 20. März wurde von dem Astronomen Mellisch in den Vereinigten Staaten ein neuer Komet entdeckt. Er fand nicht weit vom Planeten Jupiter am Abendhimmel. Er läuft rasch gegen Nordwesten. Am 26. März befand er sich in 32 Grad Nordlängsrichtung und 16 Grad nördlicher Deklination. Er hat etwa die Helligkeit eines Sternes achter Größe, ist also schon mit kleinen Fernrohren zu finden.

Lokalnachrichten.

Da klappt etwas nicht.

Unter der Spitzmarke „Der Höchstpreis für Schweizerkäse und das städtische Nahrungsmittellamt“ wird dem „Bad. Beobachter“ von hoch- und nachdruckvoller Seite folgendes mitgeteilt:

„Der Höchstpreis für echten Schweizerkäse beträgt nach der Reichsvorschrift 2,60 Mk. für das Pfund. Wir möchten keinem Kaufmann raten, auch nur 2 Pfg. mehr zu nehmen. Am verlangt aber das städtische Nahrungsmittellamt 3,30 Mk. für das Pfund. Der Preis für das städtische Nahrungsmittellamt beträgt aber in der Schweiz ebenso wie für die Kaufleute für 100 Kilogramm einschließlich Käbel 353 Franken, dazu kommen Fracht und Kollgeld, sowie 1 Prozent Ankosten für die Zölle. Ist das Pfund franko Karlsruhe 2,20 Mk. im Ankauf kommt. Dazu darf der Einführer 10 Pfennig Nutzen nehmen, also zu 2,30 Mk. verkaufen. Und nun rechnet das städtische Nahrungsmittellamt den Kaufleuten 3 Mk. an und legt den Verkaufspreis auf 3,30 Mk. für das Pfund fest. Wahn kommen nur die rund

80 Pfennig, die darnach als Nutzen bei einem Pfund Käse genommen werden? Wer ist strafbar in diesem Fall? Sollen nur die Kaufleute den Höchstpreisbestimmungen unterworfen sein und für Uebertretungen derselben bestraft werden? Oder gelten diese Bestimmungen auch für das städtische Nahrungsmittellamt?“

Wir möchten auf einen andern Fall hinweisen: Die Stadt verkauft das Pfund eingemachte Bohnen (Grühhohnen) zu Mk. 1.—. Diese Bohnen kosteten im Sommer auf dem Markt im grünen Zustande 15—17 Pfg. das Pfund. Verleitet das Einmachen die Bohnen so sehr, daß 83—85 Pfg. zugeschlagen werden müssen?

Wenn die ganze städtische Nahrungsmittelversorgung nicht auf das Schwerkste bei der Bevölkerung in Mißkredit kommen soll, werden die verantwortlichen Stellen gut tun, Aufklärung darüber zu geben, wie diese Preise zustande kommen.

Wie steht es mit der Pflicht-Handelschule? Mit dem Ausbruch des Krieges hat durch die Einberufung der Lehrkräfte manche unserer Schulen Not gelitten; aber keine wie unsere Pflicht-Handelschule. Während die anderen Schulen so nach und nach wieder einigermachen in normale Verhältnisse eingerückt sind, wird diese als Stiefkind behandelt. Man sollte es z. B. nicht für möglich halten, daß es in hiesiger Stadt mit so vielen kaufmännischen Betrieben Lehrkräfte gibt, die bis mit Ostern zwei Jahre in der Lehre stehen und noch nicht eine Stunde Pflichtunterricht erhalten haben. Auch jetzt mit dem Schulbeginn nach Ostern soll dieser Jahrgang, wie uns mitgeteilt wird, wieder vom Unterricht ausgeschlossen sein, so daß also diese kaufmännischen Lehrlinge während ihrer dreijährigen Lehrzeit 1915—1918 des sehr notwendigen Fachunterrichts verlustig gehen. Diese Lehrlinge und deren Eltern haben aber Anspruch darauf, von der Stadtbehörde zu verlangen, daß nicht über Gebühr auf die Interessen der Herren Prinzipale Rücksicht genommen wird. Dieser Interessenstandpunkt dürfte wohl der Hauptgrund sein neben dem Mangel an Lehrkräften. Man hat doch auch Lehrkräfte an der Jahreshandelschule, welche nicht Pflichtschule ist. — Oder mutet man den minderbemittelten Eltern wohl noch zu, ihre Söhne nach der absolvirten Lehrlingszeit im Praktischen ein Jahr auf die Handelschule zu schicken? Wer bezahlt? Aber etwas anderes wird nicht übrig bleiben, wenn dieser Beruf Lebenserzitzung werden soll.

Möge der Stadtrat diese Sache eingehend prüfen, damit nicht nur der eine Teil das Uebel tragen muß.

Die Verteuerung der Wohnungen. Man rechnet allgemein mit der Verteuerung der Mieten nach dem Kriege durch eine höhere Nachfrage nach Wohngelegenheit seitens der rückkehrenden Krieger. Der Verwirklichung dieser Befürchtung leitet die gegenwärtige Steuerpolitik der Regierung die besten Dienste durch das neue Verkehrssteuergesetz. Wie der Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form will, sollen alle Fahrstraßen über 15 Pfennig, auch die der Straßenbahnen, von der Steuer getrennt werden. Da Miete- und Verkehrskosten zwei untrennbare Einheiten bilden, muß der Mieter in den Vororten den Jahrespreis für Miete zu schlagen, will er wissen, wie teuer er wohnt. Hinzu kommt, daß durch eine Verteuerung ein Abwandern aus den Vororten in die Nähe der Arbeitsstätten einleitet und die Nachfrage nach Wohnungen in den inneren Stadtteilen zunehmen wird. Die Folgeerscheinung wird ein Ansteigen der Mieten in diesen immer noch bevorzugten Wohngebieten werden. Daraus ergibt sich zweifellos, daß der Verkehrssteuergesetz-Entwurf auch in der jetzt bestehenden Form für eine gedeihliche Wohnungspolitik unmöglich ist.

Die Städte sollten sich mit mehr Energie gegen solche Steuerprojekte wehren.

Was kostet der Haushalt im Kriege? Im Februarheft (Nr. 2) des vom Kaiserl. Statistischen Amt, Berlin herausgegebenen „Reichs-Arbeitsblattes“ ist jenen der erste Teil der Bearbeitung des vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen im Jahre 1916 wiederholt veranfalteten Erhebung der Lebenshaltung im Kriege veröffentlicht worden. Die von zahlreichen überprüften Tabellen durchgeführte Arbeit wird von großem dauerndem Werte sein. Im April d. J. wird eine gleichartige Erhebung veranstaltet, die voraussichtlich eine gute Beleuchtung aufweisen wird. Die Bearbeitung der ausgefüllten Fragebogen hat das Kaiserl. Statistische Amt übernommen. Damit ist die Gewähr gegeben, daß die Erhebung in sachgemäßer Weise bearbeitet wird und daß, was von großer Bedeutung ist, die Ergebnisse in möglichst vielen Stellen bekannt werden. Mögen sich recht viele — aus allen Bevölkerungskreisen — an dieser Kundfrage im April beteiligen. Die Fragebogen kommen in den nächsten Tagen zur Verfügung. Man melde sich daher unverzüglich durch Postkarte (Name, Beruf und Wohnort) beim Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, Bezirksausschuß in Karlsruhe zur Teilnahme an.

Der Osterverkehr auf den Staatsbahnen. Halbamtlich wird in der „Karlsruher Zeitung“ geschrieben: Die Eisenbahnen dienen gegenwärtig in erster Linie der Kriegsführung. Zu Ostern werden für den Personenverkehr nur die fahrplanmäßigen Züge befördert. Reisende, die in diesen Zügen keinen Platz finden, müssen zurückbleiben, wobei darauf aufmerksam gemacht wird, daß nach den Bestimmungen der deutschen Eisenbahnverkehrsordnung niemanden ein Anspruch auf Beförderung zusteht, selbst dann nicht, wenn Fahrkarten gelöst worden sind. Für jeden, der nicht reisen muß, ist es vaterländische Pflicht, hierauf zu verzichten.

Nach Berlin berufen. Der außerordentliche Professor der Forstwissenschaft an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, Oberförster Dr. Wimmer, wurde in die Geschäftsstelle des Forstwirtschaftsrats für kriegerische Angelegenheiten nach Berlin berufen.

Ueber das neue Kriegsbrot, welches aus Mehl mit 94prozentiger Ausmahlung hergestellt wird, gehen uns vielfach Klagen zu unter Vorlage von Proben. Das Brot ist schlecht durchgebunden und in dem Zustande für den menschlichen Genuß wenig geeignet. Das Brot von anderen Bäckern aus dem gleichen Mehl ist dagegen von weit besserer Beschaffenheit, zum Teil sogar von auffallend

gutem Wohlgeschmack, ein Beweis, daß mit dem Mehl ein brauchbares Brot geliefert werden kann, wenn es richtig gemacht wird. Wie man uns mitteilt, muß dasselbe heiß und tüchtig durchgebunden werden. Jedenfalls sollten die Bäcker für richtige Backweise entsprechend instruiert werden, damit die Klagen verschwinden. Auch wäre es gut, wenn man zur Ernährung der Kinder mehr andere Nahrungsmittel, z. B. Grieß, herausgäbe, welche, denn für Kinder demnächst dürfte das Kriegsbrot wenig geeignet sein.

Grate ohne Fett. Man schreibt uns: Herr E. Epp, hier, läßt heute im „Kalmengarten“, Herrenstraße 34a, eine neue, gekochte, Unterjackpappe praktisch vorführen. In dieser wird Fleisch usw. vollständig ohne Fett gebraten. Kartoffeln und dergleichen werden nur mit einem Drittel Fett des sonstigen Verbrauchs geröstet. Alle Hausfrauen, die in der jetzigen Zeit haushälterisch mit dem Fett umgehen müssen, sollten dem Vortrag besuchen, zumal der Eintritt frei ist. (Siehe die Anzeige.)

Im Kolosseum findet heute nachmittags 4 Uhr wiederum eine Sondervorstellung für verwundete Krieger hiesiger Lazarette statt bei vollständig freiem Eintritt für dieselben. Der Kolosseumtag ist immer ein Ereignis im Leben der Lazarettinsassen. Auf den heutigen Genuß dürfen sie sich aber besonders freuen, denn das zurzeit hier gastierende Künstlerensemble leistet ganz Vorzügliches. Gespielt wird das gleiche Programm wie in den Abendvorstellungen. Es ist dies bereits die 14. Sondervorstellung, welche die Direktion unter Beihilfe der Künstler und Musiker in anerkannter Weise für die Verwundeten veranstaltet.

Kriegsbeschädigtenfürsorge. Beim Kriegsbeschädigtenamt Karlsruhe können kriegsbeschädigte gelernte Schneider, Schuhmacher, Schloßer und Schneider Beschäftigung finden. Außerdem können für die Schneiderei und Schuhmacherei auch solche kriegsbeschädigte in Frage, die früher anderen Berufen angehört haben, durch Kostgeld oder aus anderen Gründen diesen Beruf nicht mehr ausüben können und beschäftigen, das Schneider- oder Schuhmachereibandwerk zu erlernen. Allgemein in Betracht kommen nur geeignete von der Truppe entlassene Kriegsbeschädigte, also Rentenempfänger. Sie werden als Zivilarbeiter beschäftigt oder angelernt und erhalten täglich neben der Militärrente als Anfangslohn den für ungelernete Arbeiter ersichtlichen Tagelohn (z. B. 4,50 Mk.). Eine Kürzung der Militärrente findet nicht statt. Für Unterkunft, Verpflegung und Bekleidung haben sie selbst zu sorgen. Bewerbungen sind unmittelbar, schriftlich oder mündlich, an das Kriegsbeschädigtenamt 14, Armeekorps Karlsruhe zu richten. Weitere Auskünfte erteilt: Für das Schneidereibandwerk: Dienststelle T 3 (3 und 4), für das Schuhmachereibandwerk und Schloßer: Dienststelle T 1 (Durlacher-Allee 16), für das Schneidereibandwerk: Dienststelle Bau Off. (Gerwingsstraße 7).

Landwirtschaftlicher Buchführungskurs. Der Genossenschaftsverband Bad. Landw. Vereinigungen beschließt, nach Ostern in Karlsruhe einen etwa 4—5 Tage dauernden Buchführungskurs für solche Kriegsmilitären abzuhalten, die Rechnung oder Lagerhalter bei einer seiner Verbandsgenossenschaften sind. Der Verband wird voraussichtlich auf Ersuchen die Kosten des Aufenthaltes ganz oder teilweise übernehmen.

Aus der Wag. Bittor von Scheffel-Stiftung ist laut „Staatsanzeiger“ ein Kasse- und Stipendium an einen begabten badischen Musiker zu vergeben. Bewerbungen sind binnen drei Wochen bei dem Unterrichtsministerium einzureichen.

Heidens-Theater, Waldstraße, bringt ab Mittwoch bis einschließlich Freitag einen neuen Film der Maria Carmi-Serie in Erbauung. Große Künstler findet man darin, außer Frau Maria Carmi-Bellmüller, die Herren Theodor Loos, Hugo Fehf, den Herren Robert Reinert und Fräulein Alexandra Wada; das Werk wurde unter dem Titel „Das Haus der Leidenhaften“ von Robert Reinert verfaßt. — „O, daß sie ewig grünen blüht!“ heißt das dreitägige Lustspiel, welches dem Zuschauer wieder viel Vergnügen bereiten wird. — Ferner sieht man noch das herrliche Epos der Wälderinnen, Berge mit Verdesungen. — Am Samstag, den 31. März, ist für den Beginn der Charwoche das Schauspiel „Der Tod des Erasmus“ mit Hella Moja in der Hauptrolle vorzumerken.

Nenes vom Tage.

Erdbasexplosion.

W.D. Budapest, 27. März. (Nicht amtlich.) In der kriegsbürgerlichen Stadt Torda führte eine Erdbasexplosion zu einer Explosion, bei welcher drei eintägige Häuser eingestürzt sind. Dieser zählt man 11 Tote, 10 Schwere, und mehrere Leichtverletzte.

Lezte Nachrichten.

Die Kriegslage im Westen.

Berlin, 28. März. (W.D. Nicht amtlich.) In dem von den Deutschen geräumten Gelände kommen Engländer und Franzosen nur in langsamem Tempo vorwärts. Hinter ihnen wie vor ihnen häufen sich die Schwierigkeiten. Geschütze und schwere Bagagewagen bleiben stecken und halten dadurch ganze Kolonnen auf, die langsam im Morast zu versinken beginnen und nur durch unerhörte Anstrengungen wieder flott gemacht werden können. Die Truppen, die nirgends Unterflucht finden, werfen sich abends trotz Müde und Kälte erschöpft zum Schlaf auf der morastigen Grund. Nach Gefangenenausagen ist die Stimmung der Leute, die hoffen, endlich aus dem Schlamm der Sommerstellung herauszukommen, verzweifelt, an der Front aber macht sich der deutsche Widerstand immer stärker geltend. Da, bei den Nachburen jedoch nie zu fassen. Nachdem sie den Engländern bei Baginourt und Rochel verlustreichen Kampfen überlassen und sie aus beiden Dörfern mehrmals wieder hinausgeworfen hatten, gaben sie nach, sobald starke Kräfte nach ausgiebiger Artillerievorbereitung mit Unterstützung einer Anzahl Panzerkraftwagen zum Angriff vorzogen. Südlich der Somme ist die Lage unverändert, da die Franzosen seit dem deutschen Gegenstoß bei Serocourt am 25. März sich nicht weiter vorwogen. Hier gemachte Gefangene, deren Zahl sich auf 120 erhöhte, sagten aus, daß die Angriffsziele am 25. März erheblich weiter gesteckt waren, als sie bis heute erreicht sind.

Fleischrationierung in Frankreich.

W.D. Bern, 28. März. (Nicht amtlich.) Wie das Pariser „Journal“ erfährt, wird die Einführung der Fleischrationierung von der französischen Regierung ermoget, da der Bericht des Senators Maugeot über den Viehbestand Frankreichs sehr pessimistisch lautet. Der Viehbestand sei in den 2 1/2 Kriegsjahren von 145 auf 125 Millionen Stück gefallen. Es sei notwendig, die Schlachtungen einzukürzen und den Fleischkonsum durch Fleischarten zu rationieren, um den Viehbestand zu schonen; ferner sei es notwendig, die Einfuhr von Gefrierfleisch und den Pferdefleischkonsum zu erhöhen und große Viehfürsorge im Ausland vorzunehmen.

Englische Stimmungsmache.

W.D. Amsterdam, 28. März. (Privattelegramm.) Der Londoner Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“ meldet, daß in den Vereinigten Staaten die Kriegsstimmung zunehme und daß die Regierung

Einem allgemeinen Zudrang zu der Armee, die sie aufzustellen beabsichtigt, erwarte. Es bestehe kein Zweifel mehr über die Art der Teilnahme am Krieg. Der Washingtoner Korrespondent des „Daily Chronicle“ meldet, daß der Wunsch einer aktiven Teilnahme am Krieg im Jenseitigen begriffen sei und daß Präsident Wilson jetzt selbst der Ansicht sei, daß die Vereinigten Staaten alle ihre Hilfsmittel, auch ihre Männer in die Waagschale werfen sollten. Es sei jetzt sogar wahrscheinlich, daß der Präsident sich der Entente anschließen und das Abkommen, keinen Sonderfrieden zu schließen, mitunterzeichnen werde.

Sibirien für die Revolution.

W.A. Amsterdam, 28. März. (Nicht amtlich.) Allgemein Handelsblatt meldet aus Petersburg: Kriegsminister Gutschkow hat Telegramme aus Wladivostok und Archangelst erhalten, in denen mitgeteilt wird, daß die Garnisonen in diesen Häfen, die sibirische Flotte und die Flotte im Finmerer die provisorische Regierung anerkannt haben.

Französische Beforgnisse.

W.A. Berlin, 28. März. Wie es in verschiedenen Morgenblättern heißt, veranlaßt die tiefe Entmutigung, die in Frankreich über die schädlichen Folgen der russischen Revolution herrscht, einen Teil der Presse bereits zu dem Gedanknis, die Folge müsse sein, ob England durch die Anführung der Revolution nicht einen Fehler begangen habe, der die zwei Rieten, Dardanellen und Gallipoli, weit übertrifft.

Eine Erklärung der Großfürsten.

W.A. Petersburg, 28. März. (Nicht amtlich.) Die Großfürstinnen Nikolans Nikolajewitsch, Nikolaus Michailowitsch, Alexander Michailowitsch, Sergius Michailowitsch, Georg Michailowitsch, Demetrius Konstantinowitsch, die Prinzen Gabriel Konstantinowitsch und Igar Konstantinowitsch, sowie der Herzog

Alexander von Oldenburg sandten der provisorischen Regierung ein Telegramm, in dem sie sich vollständig der Anschauung anschließen, die in der von dem Großfürsten Michael Alexandrowitsch ausgesprochenen Abdankung dargelegt ist. Gleichzeitig sprechen sie den festen Entschluß aus, die provisorische Regierung in jeder Weise zu unterstützen. Bezüglich der Apanagegüter der Großfürsten und Prinzen drücken sie die Ansicht aus, daß diese in Übereinstimmung mit der oben genannten Urkunde jetzt Staats Eigentum seien.

Eine Erklärung Kerenskys.

W.A. Bern, 28. März. Der russische Justizminister Kerensky erklärte dem Petersburger Mitarbeiter des „Petit Parisien“, daß die Regimenter, die nach Petersburg gekommen waren, um an der Revolution teilzunehmen, in ihre Garnisonen zurückgeführt werden unter der Bedingung, daß diese Truppen ihre Offiziere und außerdem Komitees wählen, die mit dem Zentralkomitee in Fühlung bleiben sollen. Frauen sollen an den Wahlen nicht teilnehmen, da eine solche Reform unter den augenblicklich schwierigen Umständen nicht durchgeführt werden könne.

Neues von der russischen Revolution.

W.A. Berlin, 28. März. (Nicht amtlich.) Von einem russischen Stabsoffizier, dem es gelungen war, vor einigen Tagen aus Petersburg nach Schweden zu flüchten, erfährt ein Vertrauensmann der „Vossischen Zeitung“, daß schon in den ersten Märztagen die Kasernen einer Reihe von Petersburger Regimenter reinen Volksversammlungscharakter annehmen. Tag und Nacht hielten sich dort Zivilisten auf, um Reden zu halten und Proklamationen und rote Scherben zu verteilen. Subalterne Offiziere nahmen daran teil und die wenigen älteren Offiziere sahen ihre Chuzma ein. Gegen den 10. März verließen etwa hundert Offiziere Petersburg, um der bereits begonnenen Revolution zu ergeben. Die Arbeiter- und Soldatenverbände wurden tatsächlich Ende Februar gegründet. Dabei waren in erster Linie nicht so sehr republikanische Tendenzen als Friedensforderungen maßgebend. Die vom Kriegsindustriellen-Komitee völlig abhängig gewordenen russischen Feldoffiziere wurden revolutionär.

Die Arbeit in den meisten Petersburger Fabriken ruht laut „V.“ fortgesetzt kommen Ausschreitungen gegen die Behörden vor. In den Pullowerken sind die Zustände gänzlich chaotisch. Die Arbeiter halten Versammlungen ab, in denen als Ursache des Streiks die unbillige Fortsetzung des Krieges bezeichnet wird. In die peinlichste Lage geriet die neue Regierung infolge des Streiks in der Notendruckerei der Reichsbank.

Ueber Bauernunruhen heißt es in verschiedenen Morgenblättern nach russischen Quellen, anlässlich der von der neuen Regierung angeordneten Getreidebeschlagnahme hätten in verschiedenen Gouvernements Zusammenstöße stattgefunden. Die Bauern hätten sich geweigert, Getreide zu den neuesten Höchstpreisen zu geben. — In „V.“ heißt es: Während Wladimir und Genossen heute nach innen die revolutionär-demokratische Maske aufzogen und sich in der Rolle freirechtlicher Volkstribunen gefielen, verschmähren sie es nicht, dem Auslande ihr wahres Gesicht zu zeigen, indem sie an dieses Kundgebungen richten, die von denen Entenowischer Prägung kaum zu unterscheiden sind.

Wasserstand des Rheins.

28. März.
Schästerinsel 0,78 m, gest. 3 cm, Neßl 1,76 m, gest. 2 cm, Maxau 3,27 m, gest. 0 cm, Mannheim 2,85 m, gest. 8 cm.

Briefkasten der Redaktion.

D. 100. Verbe Ihren Wünsche entsprechen; ob mit Erfolg, ist mir allerdings zweifelhaft.
G. Beierheim. Bin bereit.
A. E. Angefragtes ist statthaft.
S. in L. Sie erhalten Antwort durch das Arbeitersekretariat.
A. St., Bruchsal. Sie erhalten Bescheid durch das Arbeitersekretariat.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnotrichten und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kolb; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Sozialdemokratische Bürgerauswahlfraktion.) Donnerstag, den 29. März, abends 7/9 Uhr, im „Lüdenbaum“ in der Hauptstraße Fraktionsitzung. Vollständiges Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht. 998 Der Vorstand.

Sozialdem. Verein Ruppurr.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern und Volkstreunden zur Nachricht, daß unser Mitglied und Parteimitr „Zum Jahr. Löwen“
Friedrich Kraft
(s. J. Landsturmann in Nassau), im dortigen Lazarett gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch Ruppurrer Friedhof am Mittwoch nachmittags 5 Uhr statt.
Wir ersuchen um zahlreichere Beteiligung.
Ruppurr, den 27. März 1917. 1008
Der Ausschuß.

Vortrag
des Herrn Generalkonful Galli, früher Konsularischer Vertreter des Deutschen Reiches in Smyrna über
„Wesen, Wandel und Wirken des Heiligen Krieges des Islam“
am Donnerstag, den 29. März, abends 8 Uhr im großen Nathausaal.
Hierzu werden unsere Mitglieder nebst Angehörigen freundlichst eingeladen.
Eintritt frei. Gäste willkommen.
Deutsch-Türkische Vereinigung
Ortsgruppe Karlsruhe. 982

Fröbelseminar für Kindergärtnerinnen und Jugendleiterinnen
mit Abschlußprüfung unter staatl. Leitung, Karlsruhe, Vorholzstr. 44.
Auskunft und Prospekt: Karlsruhe, Hirschstrasse 126.
Geschäftsstunden täglich, ausser Samstags, 8 bis 4 Uhr.
Der Vorstand der Abt. II des Bad. Frauenvereins.

Brennholz-Versteigerung
des Großh. Forstamts Graben in Bruchsal Dienstag, den 3. April 1917, vorm. 9 Uhr im „Adler“ in Neudorf aus Donauwald II Kammerforst Wölbgen, 10, 11, 12, 14, 26 und 27: 254 Ster buchene, 12 Ster eichene, 141 Ster gemischte, 97 Ster forlene Scheiter und Rollen, 34 Ster buchene, 20 Ster gemischte Brügel, 165 Ster Reisprügel, 2575 Ster buchene, 525 Stück gemischte Wellen und 3 Lose Schlagraum.
Fortwärt Weib in Büchenau zeigt das Holz. Zur Versteigerung wird nur zugelassen, wer im Besitz eines vorchriftsgemäß ausgestellten Scheines ist. 1002

Drucksachen werden rasch und billig angefertigt in der Buchdruckerei des „Volkstums“.
Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Todesfälle. Tom. Borch, Schuhm., Chem., 66 J. alt, Stefan Kraft, Manver, Chemann, 69 J. alt, Josef Schindler, Wassermeister, Chemann, 51 J. alt, Karolina Leinert, 71 J. alt, Witwe von Lorenz Widner, Kaufmann, Karl, 1 J. 3 Mon. 11 Tage alt, Christian Wenninger, Schuhmacher, Robert Juds, Schreinermeister, Chemann, 47 J. alt, Maria Reibel, 56 J. alt, Ehefrau von Ernst Reibel, Oberamtsrichter, Marie Remie, 28 J. alt, Witwe von Johann Henke, Sergeant, Valentin Regner, Feilenhauer, Chem., 44 J. alt, Susanna Ladner, ohne Gewerbe, ledig, 59 J. alt, Emilie Hellhauer, 28 J. alt, Ehefrau von Ferdinand Hellhauer, 958

Frühjahrs-Neuheiten
empfiehlt in grosser Auswahl
Spezialhaus für Herren- und Knaben-Konfektion 950
August Schindel jr.
Hauptstr. 88 Durlach Hauptstr. 88

Neueste Erfindung für die Küche!
Die geistlich geführte **Unterjah-Heißluft-Schwarzpanne „Frauenhilfe“**
gibt Ihnen die Möglichkeit, Fleisch, Fische, Geflügel usw. vollständig ohne Fett zu braten sowie Kartoffeln, Teigwaren usw. mit nur ein Drittel Fett des sonstigen Verbrauchs zu rösten. Unerreichte Schonung bei Emaille und irdenem Geschirr. Kein Rauchgeschmack mehr, da nur mit Heißluft gebräut wird.
Deffentliche Kochvorführung sowie zeitgemäße Vorträge
finden im Saale „Zum Palmengarten“, Herrenstraße 84a, am 28., 29. und 30. März, je nachmittags 4 1/2 und abends 8 Uhr, statt.
Alle Hausfrauen von hier und Umgebung werden zu diesen lehrreichen Vorträgen eingeladen.
Eintritt frei.
Preise: Größe I 16 cm Durchmesser . . . M. 1.80
Größe II 18 „ „ „ „ „ 2.-
Größe III 22 „ „ „ „ „ 2.80
Emil Epp, Schützenstraße 47.

Städt. Stellennachweis
für Kaufleute, Techniker und Büroangestellte
Jähringerstr. 100. Karlsruhe. Fernspr. 5588.
Stelle suchen:
Junge Kaufleute von 16—18 Jahren als Kontoristen, Lageristen, Buchhalter, 9 Kaufleute „ 20—40 „ Fakturisten, Expedienten usw.
6 „ „ 50—67 „ „ „ „ „
in folgenden Branchen:
kolonial, Manufaktur, Eisenwaren, Versicherung, Bankfach, Zigarren, Haushalt- und Toilettenartikel, sanitäre und elektrotechnische Installation, Sattler- und Tapeziergeschäft, Möbel usw.
1 **Hochbauzeichner**, 60 Jahre alt erfahren im Rechnungswesen
1 **Werkmeister**, 30 Jahre alt, seit Jahren in der Mineralwasserfabrikation tätig.
Stelle finden:
Abgeschlossene Buchhalter, Feuerversicherungs-Außenbeamte, am sofortigen Eintritt. 955

Anmeldungen von Lehrstellen
in allen Berufen
(Handwerk, Handelsgewerbe usw.)
für Knaben und Mädchen nimmt jetzt schon für Oftern 1917 entgegen 114
Städt. Arbeitsamt
Karlsruhe
Jähringerstr. 100. Fernspr. Nr. 629 u. 949

Wir suchen auf Oftern einen ordentlichen, intelligenten Jungen als
Drucker-Lehrling.
Buchdruckerei u. Verlag des „Volkstums“, Geß & Co. Karlsruhe.

Herdschiffe
weiß, grau und braun emailliert, in großer Auswahl. 851
E. Marx
Luisenstr. 58, Tel. 3086.

Gärtner-Gesuch.
Für unseren Feldgemüsebau suchen wir einen tüchtigen, soliden Gärtner, der auf dauernde Stellung reifestelt.
Schriftliche Angebote sind zu richten an: 1001
Städtische Gutverwaltung
Karlsruhe-Ruppurr.

Schäferhund entlaufen
Art Wolf, mit Stellohren, rot, auf den Namen Tyrann hörend. Abzugeben gegen Belohnung.
Städtische Gutverwaltung
Karlsruhe-Ruppurr. 1009

Knaben-Schultranz
gut erh., echt Leder, zu verkaufen bei Scherer, Rudolfsstr. 7, 1. Et. 997

Diwans,
neue, von 70 und 75 M an, hochf. Deffins von 95 M an. 995
H. Köhler, Schützenstr. 25.
Als passendes
Konfirmations- u. Oster-Geschenk
empfehlen wir
Goethes Werke
Band 1 bis 12 in drei eleganten Leinwandbänden zu dem aussergewöhnl. billigen Preise von Mk. 4.50.
Buchhandl. Volkstums
Luisenstr. 24.

Residenz-Theater
Karlsruhe
Waldstr.
Von distinguierten Kreisen bestesuchtestes Lichtspielhaus am Platze.
Mittwoch, Donnerstag und Freitag.
Alleiniges Erstaufführungsrecht!
Das Haus der Leidenschaften.
Drama in 4 Akten von 993
Robert Reinert.
Personen:
Richard Ag. Föns
Maria, seine Frau
Baron Rosar
Theodor Loos
Alexandra Viards
Rudolf, ihr Sohn
Kl. Reinert
später Aage Föns
Maria Carmi-Vollmöller.
O, dass sie ewig grünen bliebe..!
Schwank in 3 Akten von W. Ploch.
Das Eldorado der Bayrischen Berge mit Berchtesgaden. Naturaufnahme.

Dankfagung.

(79. Liste.)

Für die Unterstützung von Familien zum Kriegsdienst einberufener Wehrpflichtiger sind an Geldgaben in der Zeit vom 1. bis 28. Februar 1917 weiter eingegangen:

Bei Mitgliedern des Stadtrats von: „B“ (w. G.) 100 M., Bez. Ver. Rat Dr. Heinke (w. G.) 200 M., Frl. E. Mayer 50 M., Fabr. Dir. Hans Friedrich (w. G.) 50 M.; ferner durch Ueberweisung von der Goldbankstelle 517,45 M. ferner bei: der Süddeutschen Distants-Gesellschaft von: „Almencaud“ (w. G.) 50 M., Dir. Eugenheim 25 M., Kriegsges. Rat W. Traumann (w. G.) 50 M., Prof. Bredig (w. G.) 50 M., Geogr. Baer 20 M., Dr. Hugo Schrag (31. G.) 30 M.; dem Bauhaus Heinrich Müller von: Med.-Rat Bähr (f. Febr.) 30 M., der Gesellschaft „Varengwinger“ (w. G.) 20 M.; dem Verband der Deutschstammvereine (Erlös aus der Reichsgründungsfeier vom 18. Januar) 700 M., E. S. 20 M., M. A. 20 M.; der Mitteldeutschen Kreditbank von: Frau Baurat Hummel (w. G.) 50 M.; dem Bauhaus Zeit L. Somburger von: Dr. Max Neumann (w. G.) 200 M., Ungenannt 5 M., Frau Minister Honell (w. G.) 50 M., Reg.-Baumeister Robert Kishaupt (w. G.) 200 M., A. Braun u. Co. (f. Monat Febr.) 50 M., L.-Ger.-Rat Dr. Engelhardt (w. G.) 100 M., Wirtenberger u. Haas 1000 M., Frl. Gynfelde (w. G.) 20 M., E. A. 30 M., Dr. A. Schiller (w. G.) 100 M., Heinz Hermann (w. G.) 100 M.; ferner Monatsbeiträge von: D.-L.-Ger.-Rat Jaedicke 10 M., Geh. Fin.-Rat Eißfalter 50 M., St. Malch 450 M., Dr. Theod. Homburger 25 M., Med.-Rat Dr. Gutmann 50 M., Geh. Rat Jeter 50 M., Frau Henriette Willhätter 100 M., Intend.-Rat Debus 25 M., Frau Luise Bing 20 M., Frau Cecilie Heinsheimer 20 M., Dr. Max Rosenberg 30 M., Otto Siegel 500 M., Stadtpfarrer Hefelbacher 30 M., Baurat Bishoff 100 M., D.-L.-Ger.-Rat Jaedicke 10 M.; der Badischen Bank von: Geh. Hofrat Dr. A. Wendler (w. G.) 100 M., Baronin von Monteton (w. G.) 50 M., General d. Inf. Generaladj. Dürr, Erz. (w. G.) 100 M., Frl. Lina Maurer, Gr. Kammerfrau, 100 M., Staatsrat Dr. Kühn (w. G.) 50 M., Dir. S. Dillenius (w. G.) 30 M., Frau Jenny Hartung Bwe. (w. G.) 500 M., Dr. Th. Längin (w. G.) 15 M., Ungenannt (w. G.) 10 M., Frau v. Wahlen-Jürgasch (w. G.) 50 M., Veterinärat F. Koblhepp 20 M., Frau Reutner S. Hoffmann Bwe. (Erlös aus verkauftem Gold) 142 M., Bankdir. B. Hoffmann (Erlös aus verkauftem Gold) 63 M., Staatsrat Dr. Kühn 50 M., Dir. S. Dillenius 3 M., Ungenannt (für Kriegserwitwen) 25 M.; der Rhein. Kreditbank — Filiale Karlsruhe — von: D.-Revisor Karl Lederle 10 M., Minister Frdr. von Bodman, Erz. (w. G.) 100 M., Prof. Karl Guth (w. G.) 20 M., Frau Caroline von Gölter geb. Frein von Gohling 100 M., Bauinsp. Diehl 10 M., Ungenannt (Febr. f. Febr.) 10 M., Jos. Sautier 100 M., Dr. Adolf Roemig 100 M., Frau Dr. Ammon 30 M., G. Dieckhoff 50 M., Dr. Dambacher 50 M., G. D. 10 M., Dr. Holtmann (w. G.) 25 M., F. Hallenstein 100 M., Frau Helene Arnold (f. Febr.) 50 M., Geh. Hofrat Dr. Ditteli 100 M., Major von Freising (w. G.) 50 M., Notar Dr. Schwarzfeld (w. G.) 50 M., Hofrat Prof. Gb. Ordensheim (w. G.) 50 M., Berw.-Ger.-Rat Ruyheum (w. G.) 50 M., Prof. Hans von Holtmann (w. G.) 30 M., Frau Emma Lewis (w. G.) 50 M.; dem Bauhaus Straus u. Co. von: Frau E. Waack 250 M., Frl. S. Weid 3 M.; ferner Gaben für Monat Februar von: Berta Gutmann Bwe. 25 M., Jnl. Schumann Bwe. Erben 100 M., Rosa Heilbrunner Bwe. 50 M., M. Goldberg 100 M., Dr. R. Straus 200 M., Dr. A. Stein 100 M., M. A. Straus 500 M., Emilie Auerbach 20 M.; der Vereinsbank Karlsruhe von: E. Rinne 15 M., Med.-Rat Dr. Schmidt (w. G.) 25 M., F. Kraber 20 M., A. R. 5 M., Wilh. Wetjoh (monatl. G.) 40 M.; der Stadtkasse von: der Bad. Bank (f. Mon. Febr.) 200 M., Lehmann D. A. Dir. S. Dillenius (f. Jan.) 30 M., Med.-Rat Dr. Brian (f. Jan.) 30 M., Oberbürgermeister Siegrist (für Febr.) 20 M., L. Seiler 5 M., Frau E. (w. G.) 20 M., Frl. Goh (w. G.) 20 M., Frl. S. Rißhaupt, Hauptl. (f. Febr.) 10 M., Dr. Fr. Jülich, Rechtsanw. (w. G.) 50 M., E. G. (w. G.) 25 M., Fridann Stollberger (w. G.) 10 M., R. u. G. Stollberger (w. G.) 10 M., Minister Dr. Hüsch, Erz. (w. G.) 50 M., Dr. Ludw. Haas u. F. Hug (Büße aus einer Klagefahde) 10 M., Magnus Schick (w. G.) 5 M., Herm. Wolfhard 5 M., L.-Ger.-Rat Engler (w. G.) 30 M., R. A. (w. G.) 10 M., Frdr. von Gölter, Oberstallmeister, 100 M., Med.-Rat Dr. F. Krumm (w. G.) 100 M., Oberpostass. Gilbert (w. G.) 5 M., Saverius J. A. (w. G.) 5 M., Frl. Raibers, Hauptl. (w. G.) 30 M., Siegfried Stern (f. Febr.) 30 M., Gg. Graulich, (w. G.) 10 M., F. D. 2 M., Frau Lambert (w. G.) 25 M., Bauinsp. Rombert (w. G.) 25 M., Frau F. Ernst (w. G.) 5 M., Geh. Hofrat Rehnann (w. G.) 40 M., B. V. (w. G.) 5 M., Frau von Kagenz 50 M., Stadtrat Dr. Bing (w. G.) 100 M., Frl. Mayer 3 M., D.-L.-Ger.-Rat May (w. G.) 20 M., Anstaltler Strahberger 10 M., Dr. Rich. Behrens (w. G.) 50 M., R. 3 M., Bürgermeister Dr. Horthmann (monatl. G.) 50 M., D.-L.-Ger.-Rat Fürtz (w. G.) 50 M., B. Kühn (w. G.) 5 M., Frau Prof. Heil (w. G.) 10 M., Geh. Rat Dunte (w. G.) 100 M., Metz 10 M., R. A. (w. G.) 10 M., Oberstabsarzt Scholtz (w. G.) 15 M., Stadtrechtsrat F. Neuhum (w. G.) 25 M., Emil Denny 40 M., Alfred Gillingner, Reunort, 100 M., Frau Rud. Herrmann (w. G.) 20 M., Bürgermeister Dr. Raul (w. G.) 50 M., Eichhorn (w. G.) 100 M., Bredt 100 M., Archt. Schweikhardt (f. Febr.) 100 M., D.-Baurat Prof. Max Länger (f. Febr.) 50 M., Stricker (w. G.) 50 M., Max Elshier (w. G.) 50 M., Hugo Sandauer 100 M.; ferner ein weiterer Betrag von 329 M. (Erlös aus Eintrittskarten für die Kaiserfeier im Stongertbau).

Im Wege freiwilliger Gehaltsabzüge (je hälftig für das rote Kreuz und die Familienunterstützung bestimmt) gingen im Monat Februar ein von: Reichsbeamten 208,50 M., Staatsbeamten 2619 M., Lehrern (einschl. Mittelschulen) 1647,70 M. jüdischen Beamten 1033,50 M., zusammen 5508,70 M.

Ferner gingen als fortlaufende monatliche Gaben im Monat Januar und Februar ein von: Seiner Großherzog. Hoheit dem Prinzen Max und seiner Königl. Hoheit der Prinzessin Max 500 M., A. Adler 50 M., den Bad. Leberwerten 50 M., der Brauereigesellschaft vom Karl Schreypp 100 M., Dr. Bürlin, Erz., 300 M., L. F. Gillingner 100 M., Kaufm. Ludw. Gillingner 40 M., Frau Berta Gillingner 30 M., Freund u. Strauß 50 M., H. Fuchs Söhne 150 M., G. G. Gutmann 25 M., Gebrüder Hensel 50 M., Kom.-Rat Karl Junter Bwe. 50 M., Geogr. Knopf 500 M., Gebr. Reichlin 100 M., Louis L. Stern u. Cie. Westendstr. 47, 150 M., der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe 250 M., E. F. Müller, Hofschuchblg., 100 M., Joh. Metzger 100 M., Ringelheimer 50 M., der Brauereigesellschaft S. Rominger 200 M., Neu u. Hirsch 30 M., Pfannkuch u. Co. 200 M., der Brauerei A. Prütz 100 M., L. Rügen 50 M., Johannes Schläpfer, Pionier, 30 M., der Eisengießerei F. Seneca 50 M., Buchdruckerei F. Thiergarten 100 M., Hermann Tich 250 M., Walder und Kant 100 M., Emil Weill 20 M., R. S. Wimpfheimer 300 M., F. Würzburger, F. Henke Nachf. 30 M., Bernhard Würzburger 50 M., Paul G. Ritter, Postf. 50 M., der Mühlburger Brauerei vom: von Sedeneckische Brauerei 100 M., Staatsminister Fehren. von Dersch, Erz., 150 M., Profurij L. Eisenberger 10 M., Fabrikant Albert Mähle 20 M., Fabrik. Louis Maier 20 M., der Gesellschaft für Brauerei, Spiritus und Brehfelfabrikation vom G. Simmer 300 M., F. Bälz, Eisenwaren, 10 M., Vogel u. Schumann 150 M., D.-Ing. Adolf Görgel 20 M., der Rhein. Asphalt- und Zementplattenfabrik, G. m. b. H., 25 M., der Karlsruher Parfümerie- und Kattederienfabrik F. Wolff u. Sohn, G. m. b. H., 250 M., Red.-Rat Wehrther 5 M., Geh. Kom.-Rat Fr. Wolff 50 M., Ing. Heinz Kaufmann 6 M., Heinz Berger 5 M., Apoth. J. Becker 20 M., Frau Meinard Föder 5 M., Frau Hof.-Führer Ritter 3 M., Frau Nina Weissenberger 2 M., Dipl.-Ing. B. Hübsch 10 M., Kaufm. Friedr. Köster 1 M., Frl. V. Platkau 1 M., Hans Edelmann, Wirt, 20 M.,

Palast-Lichtspiele

Herrenstrasse 11

Telephon 2502

Telephon 2502

Größtes, (neuestes und vornehmstes Lichtspiel-Unternehmen am Platze.)

Konkurrenzlose, klare, plastische Vorführung der Bilder infolge erstklassiger technischer Einrichtung, wodurch die Augen nicht angegriffen werden.

9 Meter hoher Theatersaal mit Balkon 400 Personen fassend.

Nur bis einschl. Freitag!

Erst-Aufführung unserer Erna Morena-Serie 1917.

Erna Morena

Der Schal der Sünde

Schauspiel in 3 Akten von Robert Heymann. — Regie: Alfred Halm.

Der geprellte Heiratskandidat

Lustspiel in einem Akt.

Albert fliegt

Schwank in einem Akt. — In der Hauptrolle: Albert Paulig.

Ausserdem der übrige reichhaltige Spielplan.

Die ruhigeren Nachmittags-Vorstellungen werden dem geehrten Publikum als besonders genussreich empfohlen.

Zum gef. Besuche ladet ergebenst ein Friedrich Schulten.

Palast-Theater, Herrenstrasse 11

1/2 Minute von der Elektr.Haltestelle Herrenstrasse

Druckfachen fertig an Buchdruckeri Volkstreuend.

Ziehung
Bestimmt 4. April 1917.
Württemberg. Invaliden-Geldlotterie
1565 Geldgewinne zus. M.
36 000
Hauptgewinne bar M.
15 000
5 000
Loje 1.—, 11 Loje 10 M., Porto und Liste 35 Pfg. extra.
Moritz Herzberger
Generalsagent Mannheim
P. 6, 1 und E. 3, 17.
Verkaufsstelle für Karlsruhe: Carl Göb, Hebelstrasse 11/15.

Zu diesem reichhaltigen Programm haben

Vorzugskarten nur an Wochentagen Gültigkeit.

Zur gef. Bedienung, zum Ausschneiden. 994

Vorzugskarte.
Inhaber dieser Karte zahlt gegen Vorzeigen derselben an der Kasse des Palast-Theaters folgende Eintrittspreise:
2. Platz 25 S., 1. Platz 40 S., Balkon 60 S., Sperrsitze 80 S., Balkonloge 1.—, Fremdenloge 1.50.

Vorzugskarte.
Inhaber dieser Karte zahlt gegen Vorzeigen derselben an der Kasse des Palast-Theaters folgende Eintrittspreise:
2. Platz 25 S., 1. Platz 40 S., Balkon 60 S., Sperrsitze 80 S., Balkonloge 1.—, Fremdenloge 1.50.

Städt. Badenanstalt (Vierordtbad) Karlsruhe.

Medizinische Bäder.
Fichtennadel-Salz (Rappenauner oder Stassfurter).
Mutterlauge u. Schwefel-Thiopol-Bäder.
Badezeit für Herren und Damen: 8-1 Uhr vorm. und 3-8 Uhr nachm. Samstags bis 8 Uhr. Sonntags 8-12 Uhr. Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 102

Gebr. Hagerauer 10 M., Berwaller Langenstein 3 M., Gg. Hummel 5 M., Wälfäckermeister Fr. Braun 5 M., Joh. Gerth 1 M., Frau Matz, Schneider 3 M., Gervas Rudmann 1 M., Johann Arnold 1 M., Karl Wirth 1 M., Wilh. Weiffel 1 M., Friedr. Weber 1 M., F. Th. Meyer 20 M., Optiker Weller 20 M., F. Hesch Bwe. 2 M., Frau Dauter 250 M., Franz Köhl, Restaurateur, 10 M., Kaufm. Wilh. Geinert 1 M., der Süddeutschen Distantsgesellschaft 150 M., Frl. C. u. J. Delorme 1 M., Ernst Blum Bwe. 1 M., Baurat L. Hofmann 20 M., Dr. Gillingner, Augenarzt, 20 M., Frl. Berta Winter 3 M., Kaufm. Adam Willhätter 2 M., Dir. Ludw. Dill 10 M., Kaufm. T. Frank 10 M., Med.-Rat Kusel 5 M., Frau Schönberger Bwe. 1 M., Rechtsanw. Dr. Marx 10 M., Frl. Laura Kerpen 10 M., Kaufm. Fr. Leppert 5 M., Frau Wilh. Weber 2 M., Kaufm. Emil Klee 20 M., Fr. Calmbach 10 M., der Buchdruckeri Fiedelias 5 M., Willard, Baurat a. D., 30 M., St. Judert, Buchbinder, 2 M., Geogr. Traub 4 M., Dr. Josef Schmitt, Oberstlitz.-Rat, 5 M., Frau Küblenthal, Oberst.-Bwe., 20 M., D.-Med.-Rat Gg. Zimmermann 20 M., Kaufm. Jul. Badenheimer 10 M., F. Meuler, Preis, 30 M., Kom.-Rat G. Pung 10 M., Fabrik. Rob. Nees, alt, 130 M., Magdolene von Bedt 10 M., Witt.-Kaufm. W. König 5 M., Dir. R. Kimmig 35 M., Geh. Reg.-Rat Walldorff 21 M., Kaufm. Paul Diefelhorst 2 M., Kaufm. Rupp. Seufert 2 M., Kaufm. D. Baer 10 M., Sparfassenbuchhalter Fritz Schrott 5 M., Prof. G. Wittmann 1 M., Prof. Dr. Aug. Marx 25 M., Frl. Maria Duca 2 M., Kaufm. Waldemar Dünz 1 M., D.-Geom. G. Bayer 25 M., Zeichnungs. G. Eptin 5 M., Archt. R. Gurjel 150 M., Dir. Dr. Ehrhardt 10 M., Reg.-Baumeister Linder 30 M., Geh. Rat Wittmann 20 M., D.-Baurat Fuchs 45 M., Frau Kambeich 1 M., Fr. Ade, Metzgermeister, 10 M., D.-Geom. Reite 3 M., Frau Clara Rünzler 50 S., S. Werner, Expedientenb., 5 M., K. Diehm 1 M., Pantludsch. F. Zimmer 4 M., Th. Jahn, Hauptm. Bwe., 3 M., Frau S. Miers Bwe. 2 M., Fr. Pring, Priv.-Bwe., 120 M., Joh. Schaffler, Assit., 2 M., Generalinsp. Karl Henken 10 M., Bädermeister F. Stübinger 5 M., Dr. Jos. Goldmann 5 M., Kaufm. Frz. Weisner 2 M., Frau R. van Gorkom 3 M., Fabrik. Ulrich Hof 5 M., Frau Kajster L. Maurer 1 M., dem Kaiser-Kinematographen 2 M., S. Quier, Bankbeamter, 3 M., Joh. Metzger, 5 M., Frl. Maria Kiefer 10 M., Kaufm. N. Baer

75 M., Stadtrat F. Mäloth 20 M., Chemiker Dr. C. Wundt 10 M., Med.-Rat Sidingler 3 M., Josef Neumaier 5 M., Rechtsanw. Fuchs 50 M.
Bei der Sammlung im Stadtteil Ruppurr im Monat Januar gingen ein 119 M.
Seit 1. Januar 1917 sind nunmehr gespendet worden 49 950,61 M.

Für Hinterbliebene Gefallener wurden gespendet im Monat Januar 1917 von: Frau Alois Bwe 5 M., Frau Gustav Bwe 5 M., Adolf Pfeifer 50 M. (überreicht durch die Mühlburger Arbeiter), ferner durch Ueberweisung von der Goldbankstelle 300,25 M. (überreicht durch Stadtrat Müller); im Monat Februar 1917 von Frau Weiffel (w. G.) 10 M., zusammen mit den bereits veröffentlichten Beträgen 9008,58 M.

Wir danken hierfür herzlich und bitten um weitere Spenden. Karlsruhe, den 28. März 1917.

Für den Stadtrat:
Die Kriegsunterstützungs-Kommission.

Gesucht

Kontrollbeamte

für sofort einige Herren, die sich für den Dienst als
eigen.
Schriftliche Bewerbungen an das Nahrungs-
mittellamt der Stadt Karlsruhe.